

des Egoismus: Indem der Rüdener Parteitag Bernstein bekämpft, hat er die alten revolutionären Menschheitsziele aufgegeben und die Sozialdemokratie zu einer Partei engstirniger Interessensvertretung gemacht. Woher eine Enttäufung mehr für Herrn Paul Ernst! Auch noch das Zentrum hat Heule wir vermuten, daß der Enttäufung demnachst katholisch werden wird, wenn er auch für den Jesuitenorden nicht begabt genug erscheint.

Allerdings, Herr Paul Ernst hat es nicht mehr nötig, das Proletariat "interessant" zu finden. Andererseits hat die Sozialdemokratie es niemals nötig gehabt, diesen tiefen Denker und Dichter interessant zu finden, selbst damals nicht, als er — ein Wärtner seiner revolutionären Gesinnung — projiziert wurde — wegen Verbreitung unflätiger Schriften.

Wannesmut vor Königstörchen.

Sardens Zukunft plaudert ein nettes Stübchen aus, das so recht den Wannesmut vor Königstörchen zeigt, wie er jetzt in der deutschen Bourgeoisie steckt:

"Einer der Lehrer des Kronprinzen erzählte neulich Kollegen, er nehme, wenn er den jungen Herrn unterrichte, kein Blatt vor den Mund, habe ihm vor einiger Zeit, sogar eine halbe Stunde lang über Bismarck vorgetragen. Ein tapferer Mann, sein Köpfling nicht? Ganz richtig, er doch nicht wegen, dem Erben der preussischen Krone von Bismarck zu sprechen. So ungefähr sehen all diese Selbstenleistungen bei Licht aus."

Aufs hohe Pferd jetzt ist die Kreuzzeitung bei Besprechung des Wahlauflaufs in Döbeln. Epöttisch meint sie:

"Im übrigen finden wir die Gegner in diesem Fall bescheiden, als wir geglaubt hatten. Mit einem Ueberzins von 100 Stimmen find sie schon zufrieden! Auch einer Hecke, die im Grunde jahrgelunzelig anpflanz, und Deutschland im letzten Jahr mit einem Gefolge erfüllt hat, wie es die Welt noch nicht erlebt, erinnert dieses dürftige Ergebnis doch wirklich an ridiculus mus (lächerliche Maus). Die Rat-Stg. läßt sich natürlich nicht abhalten, auch darin wieder eine Warnung an die agrarische Mehrheit zu erteilen. Ungeleitet muß es uns vielmehr als Aufmunterung zum Festhalten dienen. Wir haben die Hecke niemals überzählig; etwas mehr aber hätten wir doch von ihr erwartet."

Man merkt es diesem Spötteln an, wie sehr es unter dem Zwang der Umstände gewolltem Geschehnisse ist. Dahinter liegt die bloße Furcht, daß es noch schlimmer kommen könne mit der betriebswirtschaftlichen Hecke. Und es wird schlimmer — nach unserer Ansicht besser — kommen damit.

Die Post möchte gar zu gern originell sein. Sie sieht mit Weid, wie die Opposition in der Zollfrage bestimmte Ausdrücke und Schlagworte zu benutzen vermag und damit Erfolge in der Wahlagitation erzielt — es nachzumachen ist ihr eifrigstes Verlangen. Dem von Wilhelm II. gebrauchten Worte Protowucher setzt sie ein ähnliches entgegen: Wahlwucher. Diesen treiben natürlich die Sozialdemokraten überall: von der Reichstagstribüne herab, in ihrer Presse, in Versammlungen usw. In Döbeln habe die Sozialdemokratie allein durch diesen Wucher siegen können.

Die Post wird, wenn sie einmal einen klaren Augenblick hat, zugeben müssen, daß von irgend einer originellen Färbung bei Anwendung dieses Ausdrucks nicht die Rede sein kann. Damit hat sie freilich recht, daß wir dafür sorgen werden, daß der von den "haushälterischen" Parteien betriebene Zollwucher aus tausendfältiger Frucht trage.

Mit einem unerhörten Gehalt beschäftigt sich die Berliner Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag. Der Schwindel des Gehaltsbedens (Wohndüss, christliche Wissenschaft) ist bis in ein städtisches Gymnasium gedrungen. In der Aula des Falls-Realsgymnasiums ließ der Direktor Seylla das "Gebetbüchlein" vortragen, die die Heilung von Kranken auf metaphysischen Wege bezwecken sollten. Vier städtische Beamte, die Stadtschulräte Gerstenberg und Schärer sowie die Stadträte Wagner und Schäfer hatten hierzu die Genehmigung erteilt. In seiner Verlesung führte der Gymnasialdirektor an: "Nun können sich Lehrer in die Geheimnisse der christlichen Wissenschaft hineinfinden. Bei diesen von Prof. Schön geleiteten Übungen handelte es sich um das Verdrängen eines tieferen Verstandes für die Weltanschauung der Frau Udo aus Amerika." Der Stadtschulrat Dr. Waig verurteilte den Direktor zu rechtferigen. Dagegen bezog die Stadtverordneten Dr. Langerhans die Sache als juristisch betrübend. Er könne nicht begreifen, daß der Stadtschulrat noch ein Wort der Entschuldigung für Direktor Seylla habe. Wenn so etwas vorkomme, sei es Pflicht des Stadtschulrats, sich selbst von dem Schaden zu überzeugen und dem unzulässigen Unfug ein Ende zu machen.

Was Herr Dr. Langerhans als unzulässigen Unfug bezeichnet, ist bekanntlich in sehr vornehmen, sehr frommen und sehr abeligen Kreisen Potsdams in Mode. — Wir werden morgen eine ausführlichere Darstellung dieses neuesten Unfugs veröffentlichen.

Das Geheimnis der Duelle. In Sachen der angeleglichen Anzeigen des Kaisers über die Duellfrage ist jetzt — wie die Potsd. Korr. meldet — dem Redakteur Paul Graff, ferner dem Verleger der Volksfreund, Bredendruckereibereiter Frey Stein, und dem stellvertretenden Vorsteher der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Geheimen Rechnungsrat Julius Steinbach, die Anfrage wegen Beileidigung der Leuten im 1. Garderegiments z. B. v. Gölzer (Sohn des Kriegsministers) und v. Kessel (Sohn des kommandierenden Generals des Garderegiments) gestellt worden. Die Anfrage süßt sich nicht nur auf § 185 Str.-G.-B., wegen formeller Beileidigung der Offiziere, die darin gefordert wird, daß ihnen der Kaiser angeblich ihre Jugend in drastischer Weise vorgehalten haben sollte, sondern auch auf § 186 des Straf-Gesetzbuchs, wegen Verbreitung nicht erwiesener Thatsachen. Geheimen Rechnungsrat Steinbach kommt als Vertreter der Nachricht insofern ins Betracht, als er in dem Bericht erzählt hat, während ein Bericht des infamierten Artzels der Potsdamer Stadt in Anknüpfung genommen wird und der Mediziner Groß damals für den Inhalt der Nummer verantwortlich zeichnete. Wie verlautet, sollen die Angaben des Artzels auf Verwechslung mit Vorgängen bei einem anderen Garderegiment beruhen. Neben dieser Anfrage gegen die drei vorgenannten Personen schwebt außerdem noch ein Verfahren vor dem Gericht des Landwehrbezirks Potsdam gegen den früheren Chefredakteur und Mitbegründer der Potsdamer Zeitung, Martin Berger, welcher Oberleutnant der Reserve ist und in dessen Abwesenheit von der Redaktion der Artikel vom 9. Dezember v. J. erschien.

Ein Anwalter. Von dem in Schaumburg-Lippe durchgefallenen Grafen Reventlow erzählt die Freiz. Stg. das folgende Stücklein:

"In Anwesenheit der Abg. Viermann v. Sonnenberg, Raab und zwei anderer seiner Wahlhelfer traf der Graf am Wahlabend im Wahllokal zu Stadthaus mit dem neugewählten Abg. Demmig zusammen. In demselben Wahllokal wie Demmig befand sich ein gewisser Herr v. Gölzer, der nach einigen angestrichelten Redensarten des Grafen auf die eben besetzte

Wahlbewegung verließ er mit seiner gesamten Begleitung den Wahllokal und rief vom zweiten Oberboden durch die offene Thür dem Wirt zu: Herr Wirt, wollen Sie nicht die Thür schließen, damit der Knoblauchgeruch nicht so hereindringt." Schon vorher hatte der edle Herr im Wahllokal einen angenehmen älteren christlichen Bürger freimüthiger Gesinnung als "Rubenzinger" tituliert und darüber sich eine seinem Benehmen entsprechende Behandlung zugewogen.

Die freimüthige Zeitung knüpft an die Erzählung dieses Vorganges und die Mitteilung, daß die Antikemiten in geradezu ekelregender Weise das Privatleben des freimüthigen Kandidaten durchgeleitet und einzelne Vorgänge daraus in liquider Weise ausgenutzt haben, die Aufforderung an alle anständigen Parteien von rechts und links, dahin übereinzukommen, daß die "deutsche Partei" extra commercium (außerhalb des gesellschaftlichen Verkehrs stehend) erklärt und so gemeinsam aus der Parteibewegung in Deutschland ausgespart wird.

Für uns hat es der Aufforderung der Freiz. Stg. nicht bedurft. Was sie verlangt, über wir lange in der Praxis aus, wir haben auch in Schaumburg-Lippe davon einen Beweis abgelegt, daß wir in der Entscheidung über die Freimüthigen stimmten. Wir erlauben uns nur eine kleine Frage: Wie hätten sich die Freimüthigen verhalten, wenn der Sozialdemokrat mit dem Antikemiten in Entscheidung gekommen wäre? Die Erzählungen bei der Wahl in Tilsit sprechen nicht gerade dafür, daß sie den Grafen Reventlow extra commercium erklärt hätten.

Sie danken! 27. der aus Anlaß des Geburtstags Wilhelm II. mit Ausschreibungen verbunden haben diese zurückgewiesen. In der Hauptsache handelt es sich um Zurückweisung des Allgemeinen Ehrenzeichens durch Lehrer, Subalternbeamte und pensionierte Postbeamte.

In Sachen des Altenbergs Eisenbahnauflaufs ist nunmehr von Seiten der Staatsanwaltschaft gegen die beiden, die Inkulationen benutzenden Bahnwärter und gegen den Zugführer des benutzten D-Zuges, Peters-Berlin, Anklage erhoben worden. Gegen letzteren, weil er seinen Zug während des Sturmes nicht mit Knallpatronen gedeckt hatte. Die Anklage lautet auf Gefährdung eines Eisenbahntransports, fahrlässige Tötung und Körperverletzung.

Sofortlich werden in der Gerichtsverhandlung alle in Betracht kommenden Punkte rücksichtslos aufgeführt.

Sozialpolitik des Berliner Magistrats. Es wird gemeldet: Infolge der Entristung, welche die Verlegung des Oberbürgermeisters Richter herbeigeführt hat, wonach bei der Entristung zu den Vorzügen oder anderen längeren Leistungen das Arbeitsverhältnis für städtische Arbeiter anzuhängen ist, hat der Berliner Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Verlegung dahin zu deklarieren, daß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses die Wiedererstellung des zu einer militärischen Leistung erforderlichen Arbeiters keineswegs ausschließt.

Durch Betonung einer solchen Selbstverständlichkeit wird an dem ungelagten Charakter des Erlasses natürlich nichts geändert.

Ueber das städtische Landtagswahlrecht haben sich nach der jüngsten Wahl selbst Regierungsbücher sehr unzufrieden geäußert. Es wird jetzt allen für die Reform Bereiteten Gelegenheit zur Aenderung gegeben werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Chemnitzer Stadtverordnetenkollegiums brachten in der vorgestrigen Sitzung den Antrag ein, das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu erlösen, bei der Regierung und den Ständebürgern vorstellig zu werden, das bestehende Landtagswahlrecht zu beseitigen und durch ein allgemeines, geheimes, direktes Wahlrecht zu ersetzen. Der Antrag wurde einem Ausschusse zur Vorbereitung überwiehen.

Minister haben nicht immer recht. Jakob Grimm soll nach der Äußerung des Grafen Polakowsky im Reichstage als tiefer Kenner der deutschen Volksliebe dafür eingetreten sein, den toten Körper der Erde zu übergeben. Dem gegenüber wird die Freiz. Stg. darauf aufmerksam gemacht, daß in der Vorlesung über das Verbrechen der Leichen am 29. November 1849 (Abhandlungen der Königl. Akademie der Wissenschaften) Grimm wörtlich sagte: "Die Verdrängung entzieht den Augen der Ueberlebenden den Verdienstungsprophet der Natur, die Verbrennung, die ihn beschleunigt, stellt ihn vor Augen. Mit ihr, als allgemeiner Sitte, hätte der Glaube an die Auferstehung des Fleisches nicht lange Halt gehabt in den Gemütern; wo sie nicht heimlich war, konnte er die Phantasie leichter in seinen Dienst nehmen. Selbst dem Auferstehen ist das Verbrechen der Leiche nicht mehr entgegen als das Verdrängen, da wir aus Verdrängung wissen, daß alle Länder und Vögel des Himmels in Verwesung wie im Sande aufgelöst sind. Das Geringe der Strafe gegen die Feuerbestattung ist ein Gewand, der aus einer einzelnen Reform, nicht aus dem Vertrauen auf das ewige Leben hergenommen ist."

Eine Vorlage der heftigen Regierung an die zweite Kammer verlangt die Erlaubnis zur strafrechtlichen Verfolgung des Genossen Haas wegen Beileidigung der Gynatrieger.

Wegen Herausforderung zum Tuell und — Unter-schlagung hatte sich vor der Strafammer in Göttingen der Bergabenteurer Hans Jöckes aus Clausthal zu verantworten. Das Urteil lautet auf Freisprechung hinsichtlich der Herausforderung, dagegen wurde J. wegen Untererschlagung zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus dem Justizdienste entlassen wurde der Referendar Schuber in Aulst. Der Mann hat unlangst ein unblutig verlaufenes Pöbelduell gehabt, wegen dessen er zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt worden war.

Ein Verfahren wegen Kaiserbeileidigung soll gegen eine Anzahl Gymnasialisten in Znojmland eingeleitet werden. Die jungen Leute sind bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben.

Wegen Kaiserbeileidigung wurde in Königsberg der Pantoffelmacher Jäder zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er hatte an Wilhelm II. von seiner unmündigen Tochter einen Brief schreiben lassen, in welchem unflätige Ausdrücke enthalten waren.

Ansland.

Frankreich. Die Wahlen zum Parlament werden am 27. April, die Stichwahlen am 4. Mai stattfinden. Die frühen Termine werden damit begründet, daß die Republikaner der Meinung sind, daß je länger die Wahlen hinausgeschoben werden, desto größere Zwifigkeiten in der Kandidatenfrage entstehen.

— Gegen 7 Jesuiten, die sich weigerten die Vorschriften des neuen Vereinsgesetzes zu befolgen, wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

Nelgien. Bank- und Börsenschwindel. In der vorigen Woche brachte der sozialistische Abgeordnete Vertram

eine Interpellation ein, die sich mit den schwindelhaften Finanzoperationen der Banken und Finanzgesellschaften, soles anonymes, befaßte. Dabei kamen Zustände, wie sie sich auch in Deutschland bei Gelegenheit der verschiedenen Bankcracks gezeigt haben, zur Sprache. In Belgien wie überall läßt man die Bankiere durch künstliche Manöver in die Höhe zu bringen, um besonders die kleinen Kapitalisten zum Kaufen zu veranlassen. Darauf läßt man die Bankiere wieder sinken und schließlich dadurch empfindlich die kleinen Leute. Ein Teil der längeren Briefe spielt dabei die wichtige Rolle wie die Dresdener Börsenblätter und täuscht das Publikum in der schamlosesten Weise.

Der Justizminister gab den Ausführungen des Interpellanten zum Teil recht. Er erklärte, daß aber hier nur die Aufführung des Publikums helfen könne, wozu die von der Höhe und den Banken nicht abhängige Presse besonders beitragen müßte.

Italien. Die Forderungen der Eisenbahn-Angestellten sind folgende: Festanstellung aller Beamten, welche länger als 6 Monate im Dienste sind beziehlich in Zukunft im Dienste sein werden. Sodann fordern sie, um nicht mehr von der Willkür der höheren Beamten abhängig zu sein, die Aufstellung einer steigenden Lohnskala, die Festlegung derjenigen Arbeiten und Funktionen, die mit jedem einzelnen Posten verbunden sind, das Recht auf Entschädigung im Falle eines Unfalles und im Falle von Krankheit, Wiedereinstellung der vom Militärdienst zurückgekehrten Angestellten in ihre ehemaligen Stellen, die Gewährung eines jährlichen Urlaubes und Anerkennung der Organisation der Angestellten.

In dem Organ der Eisenbahnen werden ganz energisch die Gewände der Gesellschaften und das Vorgehen der Regierung zurückgewiesen, die diesen Forderungen feindselig gegenüberstehen. Auch das italienische Parlament unserer Partei, der Avant, polemisiert sehr scharf gegen die Regierung, die einen etwaigen Streik nach dem Strafgesetzbuch bestrafen will. Der Ausbruch des Streiks erregt nach der jetzigen Lage der Dinge unermesslich.

— Die Universität Rom, die wegen der Umgebungen gegen und für Genossen Herr geschlossen worden war, ist, nachdem die Studenten sich beruhigt haben, wieder eröffnet worden.

Italien. Scandale in Süden gehören zur Tagesordnung. In Messina ist eine vornehme Dame, die Marquise di Castella, verhaftet worden. Sie hatte ihre zwei Advokaten, Batt und Catania, denunziert, sie hätten ihr für die Summe von 300 000 Fr. ihre Unterbringung in einem Gerichtsgefängnis angeboten, in welchem es sich um ungebührliche Summen handelt; auch ihr Rechtsanwalt ist jetzt verhaftet worden.

Schweiz. Der älteste Fabrikinspektor, Dr. Schuler, hat in der vorigen Woche seinen Abschied genommen. Derlei hat sein Amt 24 Jahre bekleidet. In den ersten zehn Jahren seiner Thätigkeit hatte er schwer mit dem Widerstand der kapitalistischen Unternehmer und der Reichthümlichkeit der Arbeiter zu kämpfen. Seine Erfahrungen sind in seinen wertvollen Amtsberichten niedergelegt worden. Die Last des Alters zwingt Dr. Schuler zur Aufgabe seines verantwortungsvollen Amtes. Die schweizer Arbeiterschaft wird ihn in gutem Andenken behalten.

England. Der Antisemitismus hat bisher in England seinen rechten Boden finden können. In der letzten Zeit scheint aber auch die Richtung des politischen Lebens demher zu werden. Kürzlich hat ein Engländer Barnister eine Broschüre unter dem Titel: England unter jüdischer Herrschaft veröffentlicht. Ferner hat in einer der letzten Parlamentsdebatten der konservativ Abgeordnete Gibson eine antisemitische Rede gehalten, in welcher die Juden besonders als Brotwucherer hingestellt wurden.

Auch in Arbeiterkreisen, besonders im Ostende von London, ist die Stimmung gegen die Juden keine freundliche, weil besonders die Wohnungsnot durch die Juden gefördert wird.

China. Die erste Kriegsanleiheabgabungsrate ist am Freitag von der chinesischen Regierung an die Bankommission in Shanghai gezahlt worden.

— Ueneig sind wieder einmal die Mächte in China. Den Times wird aus Peking gemeldet: England und Japan protestieren energisch gegen die Verletzung ihrer Vertragsrechte, die darin liegt, daß der russisch-chinesischen Pakt für die Provinzen der Mandchurei Vorrangrechte gemährt werden sollen, nämlich das thatsächlich ausschließliche Recht in Bezug auf Handel, Industrie, Bergbau und Eisenbahnen; sie finden darin die Unterwürfung der Vereinigten Staaten, sie widersetzen sich dabei aber in keiner Weise dem Abschlusse eines billigen Abkommens zur Wahrung der Eisenbahneninteressen Russlands in der Mandchurei. Die Unterzeichnung des Mandchurei-Abkommens ist deshalb verschoben worden. Deutschland hat in der Angelegenheit keine Schritte gethan; es hat im Gegenteil vielfach erkennen lassen, daß es Russlands Politik billige.

Der Krieg in Südafrika.

Die offizielle englische Antwort auf die Vorschläge der holländischen Regierung wird am Dienstag veröffentlicht werden. Diefelbe wird, wie schon mitgeteilt, abnehmend ausfallen, und es ist ganz gleichgültig, ob die Form eine höfliche oder scharfe ist. Die Thatfache steht fest, daß der Krieg seinen Fortgang nimmt.

Was derselbe England schon gelostet hat, geht aus den Zahlen hervor, die der Staatssekretär des Krieges Brodrick im Unterhaus gegeben hat. Demnach betragen die Kriegskosten im Etatsjahr 1890/1891 63 Millionen Pfund Sterling (ca. 1265 Millionen Mark). Im Etatsjahr 1891/1892 werden die Kosten 61 Millionen Pfund Sterling betragen.

Ein Teil des Jahres hindurch zählte das Kriegsheer in Südafrika 250 000 Mann, am 1. Januar dieses Jahres 237 000 Mann. Im Durchschnitt wurden monatlich 24 000 Pferde gekauft. Mit dem Troß betrug die Gesamtzahl der dem Kriegsheere angehörenden 250 000. Die Regierung mußte durchschnittlich 208 000 Pferde und Maulthiere, 30 000 Ochsen, 27 000 gefangene Büren und 150 000 Köpfe der Bürenbevölkerung unterhalten. Die monatlichen Ausgaben haben sich von 5 1/2 auf 4 1/2 Millionen vermindert.

Auf dem Kriegsschauplatz wird ein wahres Pestfieber gegen die Bet veranfaßt. Nicht weniger als 23 Kolonnen sind auf den Beinen, um den geschätzten Bürenführer zu fangen.

Briefkasten der Redaktion.

Weißentels. Wir haben Ihre Anfrage damals beantwortet. Sie haben die betr. Notiz ebenfalls beantwortet. Niemand hat das Recht, Ihre Gesandtschaftsfrage Ihnen zum Vorwurf zu machen. Wegen des Ausbruchs Buchhändlers können Sie die Beileidigungslage entfragen.

Gedruckte der Redaktion nur mittags von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: H. Weismann in Halle.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Halle a. S.

Dienstag den 4. Februar abends 8 Uhr im Saale der „Moritzburg“, Garz 51

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Krise und die Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Beyer, Leipzig. 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet Der Vorstand.

„Osborgs Bellevue“.

Grand Elite-Masken-Ball.

Mittwoch den 5. Februar er.

„Spanischer Karneval in den Festräumen der Alhambra bei Granada“.



Saal und Kolonnaden sind im maurischen Styl farbenprächtig und höchst effektvoll dekoriert und versetzen die Besucher in die herrlichen Gefilde bei Granada in Spanien.

Die Nebenräume bieten, als originelle spanische Nationalkneipen hergerichtet, gemüthlichen Aufenthalt; sodass das Ganze einen anheimelnden und zugleich vornehmen Eindruck gewährt. Konzert von 2 Musikkapellen. Die 8 schönsten Damenmasken und die originelle Herrenmaske erhalten gediegene, wertvolle Preise, die von heute ab im Lokale ausgestellt sind. Eintrittspreis: An der Abendkasse 1 Mk. Im Vorverkauf 75 Pf., bei den Herren Steinbrecher & Jasper, Fritz Niemeier u. Fr. Reuter.

Einlass 7 Uhr. Beginn des Festes 8 Uhr.



Zentralverband der Zimmerer.

Dienstag den 4. Februar abends Punkt 8 1/2 Uhr bei Streicher

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Befreiung der arbeitslosen Mitglieder vom Beitrag. 2. Erhebung des Zentralverbandes über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern. 3. Anträge und Beschiedenes.

Die Tagesordnung erfordert zahlreiches Besing der Mitglieder.

Der Vorstand: J. A. N. Brünner, Vors.

NB. Die Bauarbeiter-Versammlung ist noch verschoben worden.

Schützenhaus Zeit.

Mittwoch den 5. Februar

I. Abonnements-Konzert

von der städtischen Kapelle zu Zeitz.

Nach dem Konzert ein Tanzchen.

Anfang 8 Uhr. Eintritt an der Kasse 40 Pf.

Bestellungen auf

„In freien Stunden“

werden von sämtlichen Austrägern des Volksblattes entgegengenommen sowie von der

Volksbuchhandlung, Geiſtſtraße 21,

bei parterre rechts.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller
am Riebedplatz, nächste Nähe v. Hauptbahnhof.
Donnerstag den 6. Febr. abds. 7 Uhr

gr. Elite-Maskenfest

in sämtlichen wunderbar dekorierten Räumen des Apollo-Theaters: 3 Musikkorps.
Prämierung der 5 schönsten Damen-Masken. „Zum Brautlich“. Mitwirkung des Germania-Ensembles und der sämtlich engagierten Künstler. Festzug u. Polonaise durch die gesamten Räume.
Maskenbillets für Herren 2 Mk., für Damen 1 Mk., Zuschauervill. Loge u. I. Rang 2.50 Mk. Saalplätze 1.50 Mk. Gegen vorherige Anmeldung; ganze Loge 20 Mk.

Vorverkauf im Theaterbureau vom. 11-1 Uhr, und in sämtlichen bekannten Verkaufsstellen.
Sämtliche Vorverkaufstouren sowie die zu den Theater-Vorstell. gelt. Vorverkaufst.-Preis-Ermäßigungen sind an diesem Tage aufgehoben.

Walhalla-Theater

Direktion: Richard Hubert.

Das

Elite-Riesenprogramm

Die weltberühmte

Jones Hilliard-Truppe

die erste u. Original-Truppe d. Welt. Seit. Original-Bicycle-Renn-Mitt auf der Patent-Bühnen-Rennbahn.

Frl. Milly Capell

Orig.-Sporting-Mitt. — 1 arabischer Vollblutheingit mit Hundemeute.

Matweef-Hugoston-Truppe.

Russische Tanz-Akrobaten.

Das Leo Tardy-Trio

Bravour-Luft-Gymnastiker.

The Nesadsons

Musikalische Bläserer

Frères Leo

Exercitien am dreifachen Red.

La Rose D'Arcansas

genannt: Die tanzende Seceſſion.

Margarethe Goston

Gesangs-Soubrette.

Amanda Nordstern

Weiblicher Humorist.

Max Zerner

Gesangs- und Charakter-Humorist.

American Bioscope

Geniation. Lebende Photographien.

Anfang 8 Uhr. Ende ges. 11 Uhr.

„De Wet“

hochfeine Zigarre, 10 Stück 35 Pf.

ff. Ribbentafel Bfd. 20 Pf.

ff. Kautabaf von Wottrödt & Co. empf.

Otto Rosenbaum, Herrschburgerstr. 43.

Dienstag Schlachtefest.

A. Dietzschold, Zeitz, Neustraße 11.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller
am Riebedplatz, nächste Nähe vom Hauptbahnhof.

Täglich abends 7 Uhr Gastspiel der weltberühmten, in ihren Leistungen einzig dastehenden

Original-Bicycle-Renn-Truppe

von „Alhambra-Theater“ zu London.
Welt- u. Kunstfahrer auf der eigens auf der Bühne errichteten Rennbahn mit 65° Steigung.

Die Truppe ist die Erfinderin dieser sensationellen Einrichtung und zugleich die einzige der Welt, die auf dieser Bahn mit

Tandem-Bicycle

Wettfahren veranſtalte.

Die Kunstfahrer Burgess & Stalg sind der internationalen Rad-sportwelt beizens bekannt und stehen in ihren Leistungen unerreicht da.

Die Truppe ist die einzig existierende, deren Fahrtritte vollkommen durchbrochen ist, sodass eine genaue Kontrolle dem Publikum ermöglicht wird, während andererseits von dem Fahrer die größte Leistungsfähigkeit verlangt wird.

Die Renntruppe benutzt zu ihrem Welt- und Kunstfahren nur gewöhnliche Straßenrenner, also keine Triksräder. Die Beschäftigung derselben sieht Fachleuten, sowie den geehrten Besuchern stets frei.

8 Germanias,

Damen-Verwandlungs-, Gesangs- und Tanz-Ensemble.
8 Damen. Pompöse Kostüme. 8 Damen.
ll. a. „Die Amazonen-Garde“, sowie das übrige, völlig neue, große Programm.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Konfirmanden-Kleider-Stoffe

in schwarz, weiss und farbig, nur preiswerte und solide Qualitäten.

Leibwäsche

in allen Preislagen und grosser Auswahl.

H. C. Weddy-Pönicke

Leipzigerstrasse 6.

- Selbstgebacktes Blumenbrot a Bfd. 25 Pf.
- Rübenkaffee a Bfd. 20 Pf.
- Kandis-Syrup a Bfd. 18 Pf.
- Stärke-Syrup a Bfd. 16 Pf.
- ff. Margarine a Bfd. 70 Pf., offeriert
- A. Trautwein
Grosse Ulrichstraße 31.
Kleine Wohnung sofort zu vermieten. Al. Sandberg 18.

Narrenkappen Gesichtsmasken originell und billig. C.F. Ritter Leipzigerstraße 90.

Mittwoch den 5. Februar d. J. beginne mit dem Ausstoß meines

Bockbieres,

welches allen Bier-Konsumenten als nur vorzüglich empfehlen kann.
Gleichzeitig empfehle alle übrigen Sorten Biere in Gebinden und Flaschen, als:
Pilsener, Münchener, Lager-, Weizen- und Weissbier
frei Gehalt zum Bezuge angelegentlichst. — Prompte Bedienung.
Halle a. S., Februar 1902.

Friedr. Günther.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Verlagsdruckerei (G. W. u. S. S.) Halle a. S.

Sechs Stimmen aus dem Jenseits.

In die Adresse des Bachem.
(Berl. Volkstg.)

... Und das magen Forscherinnen dem deutschen Volke zu bieten, wo jeder Mensch doch weiß, daß die katholische Kirche von jeder einer der eifrigsten Förderer der Wissenschaft gemein in der Wissenschaft auf allen Gebieten!

Hg. Dr. Bachem
im Deutschen Reichstage am
11. Januar 1902.

„Nicht neun Jahre, sondern viermal neun Jahre habe ich meine Schrift bei mir zurückgehalten, bis endlich hervorragende gelehrte Männer in mich drängten und mir vorhielten, daß ich mich nicht länger aus Furcht weigern dürfe, sie zu veröffentlichen.“ Also schrieb ich in meiner Vorrede zu meinem Buche *Die Revolutionen*, worin ich die Sonne als Mittelpunkt unserer Welt bezeichnete. Als ich auf meinem Sterbebette lag, ordnete ich den Druck an und las noch den ersten Bogen. Aus Angst vor der Inquisition unterdrückte mein Verleger die vor mir gedruckene Vorrede und veröffentlichte die Ergebnisse meiner vierjährigen Studien vorzüglich als „Vermutungen“. Das geschah nach meinem Tode im September 1543. In Rom aber wurde anno 1676 folgendes die Gläubigen bindende Gutachten abgegeben:

„Zu behaupten, daß die Sonne unbeweglich im Mittelpunkt der Erde stehe, daß dagegen die Erde eine tägliche Umdrehung habe, ist absurd, philosophisch falsch und als förmliche Ketzerei zu verfolgen, da es in ausdrücklichem Widerspruch zur heiligen Schrift steht.“

Mein Werk wurde auf den Index erklärt und öffentlich verurteilt. Meinem Schüler Galilei wurde dieses Verbot bei seiner ersten Berechnung durch die Dominikaner anno 1632 förmlich verhängt. Mein Werk blieb auf dem Verzeichnis der den Katholiken unterliegenden Bücher; denn Papst Sixtus X., Nofini Ferretti, welcher mit eigenen Augen in der Peterskirche das Experiment des Donauischen Pendels und die Drehung der Erde beobachtete, hielt wider bessere Erkenntnis das Verbot aufrecht.

Nicolaus Kopernikus, Domherr.

„Ich erhob im Angeficht des getürmten Himmels die Zweifelsfrage: „Und wenn unendliche Welten beständen?“ Dafür habe ich anno 1558 zu Rom den Scheiterhaufen befragt.“

Antonius Valerius, Naturforscher.

„Der Geistlichkeit darf keinerlei weltliche Gerichtsbarkeit zustehen. Der Papst ist dem Konig unterworfen; das Konstanzer allein hat ihre drei als unwürdige Verbrecher abgesetzt und bereutet (Johann XII. Goffo, Gregor XII. Gorre und Benedikt III. Luna); so kann die Christenheit auch ohne Papst bestehen.“ Für diese Lehre wurde ich zur Verantwortung gezogen: im Vertrauen auf das Märtyrertum des sicheren Geistes zog ich nach Konstantin. Die Kirche befehlet den Kaiser Sigismund, daß der Bruch des einen Ketzers geleitetes Gedächtnis ein Gott möglichsüßes Verle. Einen wohlunterrichteten und sittenreinen Gelehrten nannten mich meine Gegner, die mich anno 1415 auf den Scheiterhaufen führten. Als gleichzeitig mein Richter, Papst Martin V. Colonna Konstantin, mit seinen glänzenden Gefolge verließ, folgten ihm 1500 öffentliche Diener; über den Ober der unerschütterliche Hofstadt und die rechtswürdige Verfertigung der Kirchenbücher an seine Verwandten durch diesen Papst schreibt der Kardinal Egidius: „In dieser Zeit ging über den Geminn von Reichthümern und Macht die Autorität der Tugend verloren.“

Johannes Süss, Professor.

„Als ich siebzehn Jahre alt, blind und durch ein schweres Bruchleiden körperlich ganz hilflos geworden war, mußte ich anno 1633 im Dominikanerkloster der Winera zu Rom hinstehend meinen verstorbenen, verdorrten und verderblichen Jerm vom Zentralstand der Sonne und der planetarischen Bewegung der Erde abfinden und blieb bis zum Tode meiner Freiheit beraubt.“

Galileo Galilei, Physiker.

„Da mein Buch über die triumphierende Befreiung von den unwissenden Mönchen in allen Teilen mißverstanden wurde, hielt mich die römische Inquisition sieben Jahre lang in unterirdischen Kerker fest, erzung für wenige Wochen durch die Folter eine Umdeutung meiner Lehre vom unendlichen Raum und zahllosen Sonnenhimmeln und verurteilte mich wegen Verächtlichkeit als „Ketzerei“ anno 1600 zum Feuerode. Aber noch volle 300 Jahre verfolgten die Diener der Kirche mein Andenken in Furcht und Zittern; das von den Jesuiten verwaltete Archiv des Vatikanus verweigert bis zur Stunde jedem Forscher die Einsicht in die Affen meines Prozesses und meiner Verteidigung.“

Giordano Bruno, Pantheist.

„Die Erdenbeunruhungen der Natur sind weihen, alle bewingenden Gesetzen voll Harmonie und Schönheit unterworfen; das habe ich in meiner gelehrten Schrift: Amphitheater der ewigen Vorlehung nachgewiesen und bin dafür anno 1619 zu Rom ohne Widerstand zum Scheiterhaufen geschritten.“

Lucilio Vanini, Astronom.

Deutscher Reichstag.

132. Sitzung. Sonnabend, den 1. Februar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratsrat: Graf Vojsadowsky.
Der zweite Beratung
des Etats des Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt.
Unter Allgemeine Fonds werden als Beitrag des Reichs zur Unterhaltung des in Fern errichteten internationalen Bureaus des Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums 3000 M. gefordert.

Hg. Dr. Müller-Meinungen: Öffentlich wird das internationale Recht auf dem Gebiete der Befämpfung des unlauteren Wettbewerbes noch weiter ausgebaut. Zu wünschen wäre ein Beitritt des Reiches zum Madrider Uebereinkommen zum Schutze der gewerblichen Bezeichnungen.

Hg. Dr. Müller-Meinungen: Die Errichtung von Staatssekretär Graf Vojsadowsky. Die Errichtung von Staatssekretär Graf Vojsadowsky. Die Errichtung von Staatssekretär Graf Vojsadowsky.

Der Titel wird bewilligt.
Weim Titel zur Förderung der Seefischerei erwidert auf eine Anfrage des Abg. Fuchs zu Bonn, in Ansbach (Hann).
Abg. Dr. Vojsadowsky (Hann) fragt, ob diesmal die volle Summe von 40000 M. für die Förderung der Seefischerei ausbezahlt werden wird, und ob den Fischern in Norddeutscher im vorigen Jahre nachgehende Zahlung zu teil geworden ist.

Staatssekretär Graf Vojsadowsky erwidert, daß im Laufe der Jahre 700000 M. zur Förderung der Seefischerei erbracht werden, wobei alle Wünsche berücksichtigt seien. Die Norddeutscher Fischer haben die gewünschte Unterstützung erhalten.
Der Titel wird bewilligt.
Bei der Forderung von 30000 M. für die Herausgabe der Nachrichten für Handel und Industrie wünscht

Abg. Baaske (Hann), das das wertvolle Material dieser Zeitschrift jedem Interessierten unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.
Der Titel wird bewilligt.
Als Kosten der Maßregeln gegen die Neblauskrankheit werden 1000 M. verlangt.

Abg. Schindl (natl.) warnt vor Experimenten mit amerikanischen Neben.
Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Köppler: Es geschieht alles, um eine Linderung der Neblaus auf den deutschen Weinbau zu verhindern.

Der Titel wird bewilligt.
Weim Titel Befreiung des Reiches aus den auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes zahlbaren Renten (81600000 M.) steht

Abg. Dr. Griger (Hann) an, ob die Wohnanlagen erhalten werden können, auch den Umständen des künftigen Invalidenversicherungsamtes, die nicht mehr zur Verwertung kommen können, vorzunehmen.
Staatssekretär Graf Vojsadowsky erwidert, daß zur Regelung dieser Frage mit dem Staatssekretär des Reichspostamts in Verbindung setzen zu wollen.

Der Titel wird bewilligt.
Zur Förderung des Afrikanischen landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher Arbeiten werden die Forderungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft werden 90000 M. angefordert.
Abg. Verold (Hann) betont die Notwendigkeit einer internationalen Statistik und eine regelmäßigen Berichterstattung über die Lage des Gewerbetreibenden.

Staatssekretär Graf Vojsadowsky: Ein Organ der landwirtschaftlichen Verbände, das das statistische Material ohne Belohnung veröffentlicht, könnte wohl finanziell unterstützt werden.
Der Titel und damit das Kapitel Allgemeine Fonds wird bewilligt.
Weim Kapitel Ueberwachung des Auswanderungs- und Grenzschutzes (Hann), daß die Zuziehenden der Auswandererbehörde von Seiten der Auswanderungskommission mehr beachtet werden. Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel: Reichsschulskommission.

Abg. Gieshoff (Hann) wünscht, daß alle höheren Lehranstalten zum medizinischen Studium angehalten werden, daß jeder eine den 8 Jahren bestehenden Prüfung für Medizin analoge Bestimmung den anderen höheren Schulen aus das juristische Studium ermöglichte.
Staatssekretär Graf Vojsadowsky: Die preussische Staatsregierung hat sich bereits schuldig gemacht, die Mit rieten von Realgymnasien und Oberrealschulen zum juristischen Studium zuzulassen, selbstverständlich müssen sie sich aber Kateisenkenntnis ausweisen.

Abg. Kirsh (Hann): Wer allein die Abiturienten so viel Katen können, um das Corpus „I in Art. 7“ lernen zu können.

Abg. Dr. Herzfeld (Hann): Die Errichtung des Staatssekretärs bezuglich der Medizin. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einiges über die medienburgischen Schulverhältnisse zur Sprache zu bringen. Dort sind 10 Pro. der Volksschulen seit Jahren unbesetzt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Eine einheitliche höhere Schulbehörde giebt es nicht, früher bildete der Großherzog diese Behörde. Jetzt besteht das Schulministerium fast nur aus Hülfskräften, die sich nicht mit der Verwaltung der Schulen der Provinz befassen, sondern auf einen „Gute Angelegenheit, 3 Mark Schulgeld zu zahlen; dagegen sind die Hülfskräfte, Bücher und Kationen von demselben betret. Auser Naturalien erhalten die Lehrer nur 360 Mark Jahresgehalt. (Hört! hört! b. d. Soz.) In der allerersten Zeit haben sie noch eine Alterszulage erhalten, die von 5 bis 7 Jahren 100 Mark betrug, so daß das Gehalt nach 15 Jahren 460 M. betrug. Solche Zustände müssen natürlich zur Verdrüßung der Arbeiter führen und man kann es einem medienburgischen Arbeiter nicht wohl nehmen, wenn er das Land nicht, wo seine Kinder eine solche Ausbildung erhalten. Wir verlangen daher seitens des Staates eine bessere Finanzierung für das dortige Schulwesen. (Hann.)

Staatssekretär Graf Vojsadowsky erwidert, daß die Reichsschulskommission die Wünsche des Redneren nicht erfüllen kann. Sollte das Volksschulwesen dem Reich unterstellt werden, so wäre eine Verfassungsänderung nötig und dafür würden die verbündeten Regierungen nicht zu haben sein.

Abg. Dr. Müller-Saagen (Hann) fragt, ob die Zustände in Medlenburg für sich befürwortet. Der Reichskanzler könnte auch in diesem Falle bundesfreundlich einwirken.

Abg. Gieshoff (Hann) ergänzt die Ausführungen des Abg. Herzfeld und weist auf die schlechten Verhältnisse der medienburgischen Gymnasiallehrer hin.

Abg. Dr. Vojsadowsky (Hann): Die medienburgische Regierung ist an den schwierigen Verhältnissen nicht so schuldig wie die Mittelstaaten. (Hann) bittet den Redner, nicht auf die haarscharfen Verhältnisse Medlenburgs einzugehen. Wir müßten hier darauf dringen, daß die medienburgische Verfassung geändert werden muß. Dies ist uns aber nur mit Hilfe des Zentrums möglich.

Abg. Kirsh (Hann): Sollenhaft giebt die medienburgische Regierung auch in der Vermögensfrage eine so betrieblige Erklärung, wie in der Paritätsfrage ab. Wir sind gegen die Staatschule, sowohl in Medlenburg wie anderwärts.

Abg. Dr. Oertel (Hann): Ich bin gegen alles vieles Reformieren auf dem Gebiete des Schulwesens (Zehr richtig! rechts) und für Gleichberechtigung der Realgymnasien und Gymnasien.
Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Weim Kon. Statistisches Amt tritt Hg. Werner (Hann) für Befreiung der erprobenden Statistiker ein. Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: Normal-Auditions-Kommission.
Abg. Müller-Meinungen (Hann) fragt an, ob ein Gesetz über die Abrechnung der Reichsrenten und ein Gesetz über die Abrechnung der Reichsrenten und ein Gesetz über die Abrechnung der Reichsrenten.

Staatssekretär Dr. Vojsadowsky: Ein solches Gesetz ist fertiggestellt. Es werden nur noch Verhandlungen über die Höhe der Gebühren für die Widmung.

Das Kapitel wird bewilligt.
Es folgt das Kapitel: Gesundheitsamt. Hierzu liegt eine von allen Parteien unterzeichnete Resolution von 3 Mann (Hann, Volkspartei) vor, die die Regierung erwidert, bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Grundzüge feststellt, wodurch die Aufenthaltserhältnisse und die Aufnahme von Gesundheitsämtern in Anstalten, sowie die Entlassung aus denselben geregelt wird.

Abg. Kemmann (Hann) begründet seine Resolution. Es sind 60000 Gesundheitsämter in den deutschen Anstalten, und das Reich hat alle Ursache, diesen den nötigen Zusatz zu gewähren. Der Reichstag hat bereits 1897 einen gleichem Antrag ohne Widerspruch angenommen. Eine reichsgesundheitliche Regelung ist aber dringend nötig. Redner führt als Beispiel den Fall des Robert-Koch-Instituts in Berlin an, der von den Behörden für bildung erklärt werden ist. Nach der Brochure des Geheimen Medizinalrats Neidich ist aber ganz klar, daß dies nur geistlich ist, um eine unbecommene Persönlichkeit zu entfernen.

Ich bitte Sie, meinen Antrag wieder einstimmig anzunehmen. Damit der Widerspruch sich von der Notwendigkeit der reichsgesundheitlichen Regelung dieser Materie überseut. (Hört! links.)

Staatssekretär Graf Vojsadowsky: Die preussische Regierung hat mir keine Zeit auf meine Anfrage geantwortet, daß in den einzelnen Provinzialreglements ausreichende Garantien dagegen gewährt seien, daß gesunde Personen in verdorbenen Anstalten in Anstalten gebracht oder dort zurückgehalten werden können. Sollte der Antrag Verkannt wieder Annahme finden, so werde ich mich mit den übrigen Regierungen in Verbindung setzen, um die jetzige Stellung der Regierungen gegenüber diesem Antrage zu erfahren.

Abg. Hufsch (Hann): Ich hatte im vorigen Jahre eine Fülle von Anfragen aus den verschiedenen Provinzen, die mir zur Sprache gebracht. Die Antwort der Reichsregierung ist nicht gefunden haben; diese haben aber keinen Wert, da sie früher schon angefragt werden und die Regierungsbereiter dann alles in better Ordnung finden. Die Ursachen dieser Mängel liegen lediglich im Mangel an finanziellen Mitteln. — Die Krankenschwestern sind sogar in Berlin unzureichend. Viel schlimmer als in Berlin ist die Provinz. Eine große Zahl von Kommunen kaufen aus Mangel an Geld oder Unwissenheit keine Krankenhäuser. In Schöneberg, Schöneberg und Wieschen herrschen besonders unhygienische Zustände. In Spremberg müßte die bürgerliche Kommune erst von oben gezeugen werden, um neues Krankenhaus zu bewilligen. In dem einen besterben einen ein einziges Krankenhaus. In einem noch größeren Stadt, Kottbus, giebt es auch nur ein Krankenhaus mit 40 Betten. Dabei giebt es dort 16—17000 Krankheitsmitglieder, dort giebt es keine chirurgischen Instrumente, keinen Operationsaal, auch der Arzt muß immer erst geholt werden. Kottbus ist im Wandel fortgesetzt, aber der Herr Reichsminister hat mehr für die Krankenschwestern zu sorgen. Die Arbeiter, die in der Stadtverwaltung keinen Einfluß haben, haben sich in einer Eingabe an mich gemeldet, damit ich hier ihre Klagen vorbringe. Diese Petition kam auch in der Kottbuser Stadtratsordnungsverhandlung zur Sprache.

Die Frage, ob ein Krankenhaus in Kottbus ein Krankenhaus mit mindestens 100 Betten brauche. Seit kein alle Zimmer belegt, so daß er sogar einen Gesundheitsamt in demselben Zimmer mit einem anderen Kranken habe unterbringen müssen. (Hört! hört!) Wenn hier die preussische Regierung eine Resolution hat vornehmen lassen, so trifft sie die Maßnahme in den in den anderen Provinzen. Wenn hier eine Epidemie ausbricht, so ist jede Möglichkeit die Kranken unterzubringen. Ich behaupte jetzt, daß es heute möglich ist, daß ein als krank verdächtig Mensch in ein Krankenhaus komme und daselbst mit einer schweren Krankheit, die er sich dort geholt hat, behaftet, wieder verläßt. Solche Fälle sind leider vorgekommen. Es ist konstatieren worden, daß im Elisabethenkrankenhaus in Berlin ein Jahre 40 Kinder an Gonorrhoe erkrankt sind. Wo bleiben da die Bestimmungen des Seuchengesetzes, wenn in ganz ruhigen Zeiten solche Anordnungen nicht verhindert werden können? — In einem anderen Falle, im Braunschweigischen, erhielt ein idaraltranker Arbeiter lange Zeit hindurch kein Gehalt, bis er in ein Krankenhaus in Kottbus kam, wo er in einem solchen Zustande durrte in einem geordnetem Staatsheim nicht vorformten. — Die ganze Frage ist eine Selbstfrage, ich werde mich nicht gegen Provinzen, sondern gegen das ganze System.

Redner geht im weiteren auf die Verhältnisse im Berliner Krankenhaus aus, ausführlich ein. Überall werde über Mangel an Ärzten geklagt. So sieht es in den besten Berliner Krankenhäusern aus, wie nun erst in der Provinz. Es fehlt häufig auch an einem aufsehbaren Versteheraal. Die Versteher sind auch auf die Privatärzte angewiesen, und darunter leidet die Behandlung der Kranken in den Krankenhäusern. So liegt vor mir ein Brief eines früheren Kreisphysikus in Berlin, der in einer Schilderung die absolute Mangel an leitenden Ärzten des Berliner Krankenhauses Dr. Rosemann beklagt, wendendelben gerätet zu haben. Dieser Arzt ist jetzt Minister in diesem Ministerium. — Oben ist schon liegen die Verhältnisse in einem Institut an Schiffbauerdamm neben dem Neuen Theater. Die Verrechnungen sind befindet sich dort nicht, die Kosten der mit gültigen Kosten gemachten Zehn Akkordisten, Mehrerheime nun werden in Konten gewickelt und in die Kasseverrechnung des Neuen Theaters gemorfen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Anordnungen sind auf diese Weise kaum zu vermeiden. — Große Anstalten bestehen auch in der Berliner Charité. Dort bekommen die Wärter so wenig Gehalt, daß sie die besten Kräfte aus diesem Beruf entfernen. Ich hoffe, daß die Regierung endlich Maßnahmen gegen solche Mängel treffen wird. — In der Berliner Stadtratsordnungsverhandlung haben zwei Stadträte erklärt, meine Angaben seien unwichtig. Sofort nachdem mir jene Äußerungen bekannt geworden waren, habe ich eine Veranlassung der Versteher und des Pfleges der Berliner Krankenhäuser zu erlangen. Ich habe die beiden Stadträte Paul und Strögmann eingeladen, sie sind aber nicht erschienen. Dort habe ich meine Anliegen wiederholt, ohne daß dieselben heute widerlegt worden wären. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Geht es nicht, dann werden sich zu Zeiten der Epidemien die Folgen zeigen, und die am meisten darunter leiden, werden die Arbeiter sein. Die Verantwortung für die Folgen aber trägt die preussische Regierung. (Hört! b. d. Soz.)

Darauf vertritt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. (Ausdrück des Reichsjustizamts.)

Schluß 6 Uhr.

Bum Bollkrieg.

Die Gemeinden sind zu billig. So bemerkt wüßig die Berliner Volkszeitung zu dem Verlangen des agrarischen Ausschusses Edmund Klapper, in den Zolltarifverträgen folgende Sätze einzufügen: 8 M. Zoll für 100 Kilo Rohkaffee, 12 M. Zoll für bearbeiteten Kaffee, 6 M. Zoll für Feinkaffee.

Was das bedeuten will, sieht man daran, daß nach § 470 in dem Entwurfe der Regierung jetzt Zollfrei ist und auch im Entwurfe Zollfrei ist, während die bisher ebenfalls Zollfreie Baumwolle (Resolution 15) im Entwurfe mit 0,75 M. pro Doppelzentner angelegt ist.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit in Dresden und den Vororten. Am 19. Januar haben die hiesigen organisierten Arbeiter Partei- und Gewerkschaftsgenossen eine Arbeitslosen-Zählung vorgenommen, die sich auf jedes Haus erstreckte. Ueber 1000 Arbeiter haben daran mitgewirkt. Das spezialisierte Neuland ihrer Arbeit liegt jetzt vor: Von den 9959 Arbeitslosen hatte Dresden-Mittstadt 4956, Dresden-Neuland 2857 und die 33 mitgezählten Vororte 2147 Arbeitslose an diesem Tage zu verzeichnen und zwar: Kötzau 722, Frauen 111, Wilsdorf 17, Neumühl 11, Nieder-Zorbig 28, Ober-Zorbig 34, Oberwitz 11, Blasewitz 40, Seidnitz 7, Bräunsdorf 59, Neustadt 6, Bürgersdorf 6, Naundorf 118, Gohlis 350, Hermann-Engel 49, Neubauer-Talweg 95, Gohlis 12, Moritz 5, Reubitz-Neubitz 71, Bannewitz 5, Seidnitz 9, Seitz 9, Moritz 30, Käitz 48, Mädlitz 6, Torna-Goppeln-Golzeroda 26, Gohlitz 43, Gröna-Nord-Dörzig 122.

Von den 9959 Arbeitslosen waren 5164 verheiratet und hatten 13.014 Kinder. Für alle Arbeitslosen kommen 95.987 arbeitslose Wochen heraus, oder auf den einzelnen 9 Wochen 3 Tage.

Im Alter bis 21 Jahre waren 1631, bis 30: 3718, bis 40: 2165, bis 50: 1227, bis 60: 743, darüber 350 Arbeitslose.

Beachtlich wurde eine Anregung des Gewerkschafts-Fachkreises, eine Arbeitslosen-Zählung von Seiten der Behörden durchzuführen, unter Hinweis auf die hohen Kosten abgelehnt, gleichzeitig aber auch ein außerordentlicher Notstand von der Stadtvorordnetenversammlung genehmigt. Jetzt kann man den Notstand nicht leugnen, er ist allgemein festgestellt und die Jünger sind eher zu niedrig — weil zweifellos trotz der eingehenden und sorgfältigen Arbeit mancher Vergeßen ist oder die Abgabe keiner Arbeitslosen-Verzeichnisse als zu hoch. Interessant ist auch die Thatsache, daß das, was dem Staat nach Polizeidirektor Kasperow im Reichstag unauflösbar, der Stadt Dresden zu schuldig ist: Die Dresdener Arbeiterschaft konnte es ausführen.

2105 Doppelmillionäre gab es im Jahre 1899 in Preußen. Davon besaß eine 205-206 Millionen. Der Rest, ein Stadtbewohner, besaß 1895 erst 205-206 Millionen. In vier Jahren sind er mehr als fünfzig Millionen erwirbt und hat dabei mehrheitlich nicht allein von Kaffee und Butterbrot gelebt.

Der zweite hatte 147-148 Millionen. Seine bescheidenen Verhältnisse getarnter ihm nur, in denselben vier Jahren 20 Millionen in thönerne Schweine zu fressen.

Dahinter kommen kleine Leute mit weniger als 100 Millionen. Die reichste Person auf dem Lande ist mit einem Vermögen von 65 Millionen veranlagt. Es folgen unmittelbar dahinter noch drei ländliche Magnaten mit einem Vermögen von 72, 54 und 48 Millionen. In den Städten hat die reichste Person, abgesehen von der weit oberrheinischen, an der Spitze aller reichen Leute stehenden Millionären nur 40 Millionen Reich. In ganzen sind mit einem Vermögen von über zwei Millionen eingetragt 2105 Personen, darunter 1530 in den Städten und 575 auf dem Lande.

So teilt ein Mitteil des königl. preuss. Statistischen Bureau, Vorkriegsstatistik Georg Curt in der Zeitschrift des Bureau mit. Er findet das Bild, das er entwirft — nicht einseitig glanzvoll.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 3. Februar.

Frauen-Versammlung

Auf die im Glaubenischen Schulsaal, welche heute Abend um 8 1/2 Uhr stattfindet, sei an dieser Stelle noch besonders aufmerksam gemacht.

Die Freiheit des Inzeratenteils.

Durch einen von der letzten Gewerkschaftsversammlung angenommenen Antrag, die Anzeigen der Frau-Zeitung, sowie der von der Arbeiterpartei gemieteten Lokale und jeder Geschäftliche, welche irgendwelchem Manuskript gegen die Arbeiter-Zeitung, im Inzeratenteil des Volksblattes zurückzuerst, hat diese Frage wieder einmal aktuelles Interesse erlangt und es erhebt sich gegen, unter objektiver Würdigung der für und gegen diese Maßregel beigebrachten Gründe, darauf näher einzugehen.

Als feststehend muß zunächst gelten, daß nur eine Parteiverammlung bzw. die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für das Parteiprogramm bindende Beschlüsse fassen kann. Es ist keineswegs angeht, daß ohne weiteres in jeder Gewerkschaftsversammlung über den Inzeratenteil des Volksblattes verhandelt wird, da ein solches Verlangen der Willkür Thür und Thor öffnen und auf die Geschäftsführung des Blattes unheilvoll wirken würde. Die nächste Sitzung für ein derartiges Verlangen ist die Parteikonferenz; ihr müssen solche Anträge unterbreitet werden und sie hat zu entscheiden. Giebt sich die betreffende Gewerkschaft mit dem Beschlusse derselben nicht zufrieden, dann stellt sich die Berufung an den Sozialdemokratischen Verein offen. Derselben Quantenweg müßten wir allen jenen Gewerkschaften ins Gedächtnis zurückrufen, welche in letzter Zeit ohne weiteres die Inzeratenteile verweigern für irgend ein beliebiges Geschäft beschließen und sich selbstherrlich gehalten haben, daß von nächsten Tage ab dem herr. Geschäftsmann oder Unternehmern der Inzeratenteil des Volksblattes verschlossen wird. Da schließlich auch ein sozialdemokratisches Blatt nach bestimmten geschäftlichen Grundregeln verwaltet werden muß, wird man diese Forderung keineswegs für unbillig halten können.

Nun zu dem Kernpunkt der Angelegenheit. Bei der Forderung, den Inzeratenteil eines sozialdemokratischen Blattes zu sperren für Anzeigen, welche nachweislich einem Teil aber auch der gesamten Arbeiterpartei Schaden bringen könnten und der Gefahr der Bewandlung in Unheil zwischen die Hände zu werfen geeignet sind, muß man sich über das Wesen des Inzeratenteils der Presse klar sein. Der Inzeratenteil eines

Blattes, gleichgültig welcher Partei, ist gewissermaßen ein öffentlicher Markt, auf dem Käufer und Verkäufer Waren verlangen und anbieten, sich gegenseitig über ihre Lebensbedürfnisse unterrichten oder auch gewisse gemeinsame Aktionen durch Bekanntgabe von Bekanntmachungen z. vorbereiten. Der Inzeratenteil ist also ein Markt, das allen Personen ohne weiteres zur Verfügung stehen muß. Wie die auf den Straßen stehenden Plakatsäulen den Geschäfts- und gesellschaftlichen Verkehr im großen und in der Hauptsache für die Straßenpassanten vermitteln, so der Inzeratenteil der Presse für die Zeitungsläser. Diese Geschäfts- und gesellschaftlichen Beziehungen sind für die Arbeiterpartei, die sozialdemokratische Partei, nicht ausgenommen. Es wäre nicht nur thöricht und geschäftsunflug, sondern völlig unauflösbar, wenn man verlangen würde, daß nur Sozialdemokraten den Inzeratenteil der Parteipresse benutzen dürfen.

Daraus nun ergibt sich die Stellung zu dem Verlangen der Gewerkschaften oder sonstiger Arbeitergruppen vor selbst. Sie sollen nicht hindern, daß der Inzeratenteil volle Freiheit hat, dagegen nachdrücklich darauf dringen, daß im redaktionellen Teile die Feier von Arbeitsdifferenzen und Sozialveränderungen sofort unterrichtet werden, damit sie ihre Handlungen darnach einrichten. Bisher hat unsere Expedition, gebunden durch einen entsprechenden Beschluß der Parteikonferenz, Gesuche von Unternehmern, welche mit ihren Arbeitern in Differenzen lagen, sowie Vergütungen, und Verläumdungen von Vorkäufen, die uns ihre Fälle vorenthalten, nicht ausgenommen. Man wird zugeben, daß dieser Markt zum mindesten insonderheit in dem Maße, der Freiheit des Inzeratenteils nach Belieben heute und morgen auf, dann hat man sein Recht, wie es z. B. in Weihenfeldt geschehen ist, gegen die Vorenthaltung der dortigen Plakatsäulen Klage zu erheben. Offentliche Institute dürfen gerade von einem sozialdemokratischen Blatte am allerwenigsten in ihrer Tätigkeit behindert werden. Das von uns verlangte Verfahren wird auch von unserem Zentralorgan innegehalten, und man konnte während des Berliner Milchkrieges täglich die großen Anzeigen des Milchrieges lesen, während im lokalen Teile dagegen polemisiert wurde. Es fällt auch, um im lokalen Rahmen zu bleiben, keinem hiesigen Blatte ein, die Anzeiger unserer Genossen, welche als Geschäftsleute inserieren, zurückzufassen, wie denn während der Wahlzeit unsere Partei die Wahlaufrufe regelmäßig auch in gemeinsamen Blättern veröffentlicht. Schließlich noch ein Wort über den Erfolg der Inzeratenteile. Wir sind der Ansicht, daß das bisher gehandhabte System weniger rasch zum Ziele führt, als der Hinweis im lokalen Teil, daß die Leser bezüglich dieses oder jenes Inzerates solidarisch zu handeln haben. Das ferner die bisherige Verweigerung gegenüber solchen Vorkäufen, welche uns ihre Fälle vorenthalten, wenig Erfolg zeitigt, hat die langjährige Erfahrung zur Genüge dargehen. Es ist hier nicht der Ort, näher darauf einzugehen, aber die Wahrheit dieser von uns ausgesprochenen Thatsache ist unanfechtbar. Da wir jedoch alle Veranlassung haben, die Gewerkschaften, die bisher einen anderen Standpunkt eingenommen haben, von der Berechtigung unserer Standpunkte zu überzeugen, ehe wir überhaupt ihre Interessen verletzen, schlagen wir das angelegte Thema zu einer Besprechung im Sozialdemokratischen Verein vor. Die Beschlüsse der offiziellen Parteikonferenz sind alsdann für beide Teile maßgebend.

Für die Hungernden — Buren.

In den hiesigen bürgerlichen Blättern erlassen eine Anzahl Bürger einen Aufruf für die Burenfrauen und deren Kinder in den Konzentrationslagern. Im dem Aufruf heißt es u. a.: ... Aber die armen Frauen und Kinder, und die Greise, denen die Waffe entfiel, diese unglücklichen Opfer des Krieges, die gefangen und in enge Lager zusammengepfercht, faum noch haben, womit sie ihre Blöße decken und ihren Hunger stillen, deren Lagerstätte der kalte, durchnässte Erdboden ist und die in Glend und Krankheit schmerzhaft dahinsinken, ihnen gilt es, in ihrer Notlage hilfreich beizustehen. — Wir Hallenser dürfen, wo es gilt, die Darunterstützung werthigster Liebe zu leisten, nicht fehlen. Deshalb bitten wir alle unsere Mitbürger — Frauen wie Männer — auch an ihrem Teile die entscheidende Not der armen Burenfrauen und Kinder zu lindern, zu helfen. Unterzeichnet ist der Aufruf von den Herren Geheimrat Gröner, Geheimrat Prof. Dr. Drosow, Stadtrat Gtz. Prof. Franke, Mannerehrer Friedrich, Konfirmandat Professor Dr. Bering, Prof. Dr. Naubitz, Generaldirektor Kublow, Kommerzienrat Lehmann, Prof. Dr. Wehnert, Prof. Dr. Schenk, Landgerichtspräsident Dr. Schmidt, Oberbürgermeister Staube, Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Weber, Generalleutnant v. Jäger und anderen. Es spricht für das christliche Mitleid der Herren, daß sie den schwerbedrängten Buren durch die Unterstützung ihrer Frauen zu Hilfe kommen, aber sie müßen es uns nicht verdenken, wenn wir in diesem Falle den allgemeinen Grundgedanken gelten lassen, daß das Hemd näher ist, wie der Rock. Auch in Halle giebt es noch genug Blößen zu decken und Hunger zu stillen. Die bei der letzten Arbeitslosen-Zählung ermittelten 2000 Arbeitslosen könnten den Unternehmern ein ganzes Maß davon geben, wie es in ihren Konzentrationslagern aussieht, und daß die hiesigen Hallenser wollen zu thun haben, wenn sie dieser Not hilfreich beizustehen wollen. Aber leider ist es eine Eigenart des christlichen bürgerlichen Bürgertums, an der Not im Lande achtlos vorüberzugehen und um so eifriger andere Völkern ihre Hilfe aufzudrängen.

Gegen die vorgeschlagene Einführung eines Steinsolles hatten die Zeimiger gestern in das Goetheische Vokal eine Protestversammlung einberufen. Von dem eingeladenen Meistern war nur einer erschienen, nämlich Herr Meißner, ein kurzgedrängte Überlebter über die Angelegenheit. Es ging aus, daß der vorgeschlagene Zoll von 20 Pf. auf den Doppelzentner Steine einer Vertierung des Quadratmetres Maßes um 75 Pf. gleichkomme, was bei dem Ort der Stadt Halle, der 1901 eine Ausgabe von 195.000 M. für Arbeiterarbeiten aufwies, einer Mehrbelastung von 65.000 M. gleichkomme. Die Steinbruchbesitzer hätten gar keine Ursache zu klagen. Die Einführung der Schutterbetonung auf den Bahnen habe ihnen reiche Gewinne gebracht. Eine Folge der Vertierung des Steinsolles würde die Einführung des billigeren Asphaltbetons sein, was eine schwere Gefährdung der Lage der betreffenden Arbeiterfreie bedeute. Nach einer kurzen Diskussion wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution angenommen, die dem Reichstag eingeschickt werden soll.

Der Begriff des Konzerts im Sinne der Halleischen Luftverkehrs-Verordnung.

w. Der Magistrat der Stadt Halle hatte die eingetragene Genossenschaft „Altstädter Haus“ zu Halle zu einer Luftverkehrssteuer herangezogen, weil in dem Gesellschaftsraum des Vereins am 27. Oktober 1900 ein Konzert stattgefunden habe. Der Landgerichtsrat König als Vorsitzender des Konzerts und magde geltend, an jenem Abend sei im Altstädter Haus

teblich das Stiftungsfest des Korps Palladarmaria, aus dem die Genossenschaft hervorgegangen sei, gefeiert worden, und zwar in Form einer Musikfeier. Die Musik habe die Gänge begleitet, außerdem hätten die jedes Musiker in den Pausen noch einige Potpourris, Märsche und andere leichte Sachen gespielt. Der Einspruch wurde verworfen, worauf der Vorstand der Genossenschaft die Klage einlegte. Der Bezirksauschuss zu Merseburg wies indessen die Klage ab. Auf die gegen dieses Urteil eingelegte Revision der Klagen Genossenschaft hob das Ober-Berwaltungsgericht die Voruntersuchung auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an den Bezirks-Ausschuss zurück.

Begründend wurde ausgeführt: Der Bezirksauschuss habe allerdings mit Recht die Giltigkeit der Bestimmungen der Halleischen Steuerordnung, die die Luftverkehrsteuern von Korporationen betreffen, ausgeprochen und zutreffend angenommen, daß die Musikfeier des Korps nicht einem Familienvergügen gleichstiehe, wenigstens im eigenen Klubhaus abgehalten sei. Die Anwendung der Steuerordnung sei indessen — und das habe der Bezirksauschuss rechtsirrtümlich nicht beachtet — davon abhängig, ob ein selbständiges Konzert vorliege. Das müsse noch näher nachgeprüft werden. Zu beachten sei: Wenn jemand tags, er veranlaßt ein Konzert, dann liegt unzulänglich eine selbständige Veranstaltung vor. Hier handelte es sich jedoch in erster Reihe um ein Stiftungsfest, also um ein Stiftungsfest, das begleitet war von Musik. Der Konzertmeister hätte dann nachprüfen müssen, ob die geplanten Musikstücke eine selbständige Veranstaltung darstellten, oder ob sie nur ein Zubehör der eigentlichen Veranstaltung, des Stiftungsfestes, waren. Bei dem nunmehr von Bezirksauschuss nachzubehandelnden Feststellung sei zu berücksichtigen, ob die Musikaufführungen, die neben der Gesangsleitung einhergingen, auf dem Feste eine hervorragende oder eine nebenfachliche Rolle spielten. Auch der Sprachgebrauch fasse den Begriff Konzert so auf, daß eine selbständige Musikaufführung stattfände. Zum Beispiel sei eine Tafelmusik bei einer großen Feier kein Konzert, und ebenso wenig sei eine Musikaufführung, die nur den Zwecken einer anderen Veranstaltung diene.

* Zur Orientierung bei der Benutzung der Straßenbahn in den Abendstunden hat die Direktion an den Wagen der Linie Bahnhof-Waalk-Giebielshausen Laternen mit rotem, Linie Bahnhof-Poststraße-Ströllwitz Laternen mit weißem Licht anbringen lassen.

* Die gemeinschaftliche Christenversammlung hält am Mittwoch, den 12. d. Mts., im Freyberg-Verein in der St. Ulrichstraße ihre Generalversammlung ab. In Verbindung werden die Wahlen von je 24 Kassenmitgliedern und Vertretern, und je 12 der Arbeitgeber und ihrer Vertreter vorgenommen.

* Stadtkonzert. Am Mittwoch wird die Aufführung von Strauß' Oper bei gänzlich aufgehoben. Ballett- und Farben-Ballett wiederholt. Für die Beheizung ist aus der Umgebung zahlreicher Besuch angemeldet, auch wird innerhalb ein Extra-Zug der Hettfelder Bahn auf der Linie Halle-Altenberghof abgefahren, welcher um 12 Uhr nachts Halle verläßt. — Die kirchlich um so glänzenderen Erfolg zum erstenmale gegebene Oper Samson und Dalila von Saint-Saëns wird morgen, Sonntag, im Schauspielhaus gegeben. Den hiesigen Kirchen haben zahlreiche auswärtige und ausländische Zeitungen konsultiert.

Merseburg. Infolge der großen Lohnreduktion in der Metallindustrie der Firma Blanke & Co. ist seitens des Metallarbeiter-Verbandes beschlossen worden, daß Organisierte ebenfalls nicht arbeiten dürfen. Die Lohnabhängigen betreffen hauptsächlich Schmiede und Gehilfen. Als arbeitender hiesigen Blätter werden um Nachdruck des Vorstehenden ersucht.

B. Langhals. Die Hausbesitzer sind gefallen. In einem Aufruf im Anzeiger fordert der Vorstand des Hausbesitzervereins am Commano eine Mitgliedschaft auf, für Schaum einzutreten. Jetzt könnten, so heißt es, die Hausbesitzer für Schaum um so freudiger eintreten, als die übrigen Wähler der bürgerlichen Parteien verprochen hätten, bei der Wahl für den verstorbenen Herrn Sevin für den Kandidaten der Hausbesitzer einzutreten. Dieser Vorgang beweist, daß den bürgerlichen Parteien in Wirklichkeit alles eitel Schaum ist. Uns kann's recht sein.

11. Zeit. In den ländlichen Kreisen zirkuliert eine Vertung des Bundes der Landwirte in welcher der Reichstag ersucht wird, möglichst hohe Zölle festzusetzen, um damit den notleidenden Agrariern auf die Beine zu helfen. Der Zoll soll nach dieser Vertung mindestens betragen:

- 7,50 M. pro Doppelzentner für die vier Hauptgetreidearten,
- 6 - - - - - Weizide,
- 5 - - - - - Mais,
- 14 - - - - - lebendes Vieh,
- 40 - - - - - frisches Fleisch,
- 60 - - - - - einfach zubereitetes Fleisch,
- 40 - - - - - Butter, Käse und deren Surrogate

und ferner dementsprechend bemessene vierfache Zölle für den Warte- und Schinken, für Spinnstoffe, Gerbstoffe, Zämereien, Wein, Zafab und Hopfen.

Ferner verlangt die Vertung vom Reichstag: die Ablehnung des gesamten Tarif-Entwurfs der Regierung.

Das sind die Wünsche der Herren vom Bunde der Landwirte. Für ihre Pläne machen sie alles mobil. Wir haben auch den Parteiprogramm mit Unterschriften gesehen, auf dem auch der Gemeindevorstand berechnete steht, ein Reich, der nicht das geringste verkauft, sondern der alles erst eintausen muß, der also nicht die geringste Abnahme hat, daß er, wenn die Vertung angenommen würde, alles viel teurer bezahlen muß. Er hat sich dem Zwange liegen müssen.

Wieweil kommt es noch so, daß der Reichstag den Wunsch: „den Entwurf der Regierung abzulehnen“, erfüllt. Wenn es dadurch zur Ausführung und zu Neuwahlen käme, dann würde der wucherische Bund der Landwirte sein blaues Wunder darüber erleben, wie das Gros der Bevölkerung seinen ausbeutenden Plänen gegenübersteht.

Zeit. In der Drechsler-Werkstatt von G. Worms sind von neuem Differenzen ausgebrochen. Bekanntlich trugen die Arbeiter vor 14 Tagen den Sieg davon. Das jetzt Herr G. Worms, ehemaliges Verbandsmitglied und Mitglied der Sozialverwaltung des Drechsler-Verbandes, nicht schlafen zu lassen. Er hat sein Wort gegeben und nicht gehalten. Von aus eigener Überlegung oder aus Nachsichtigkeit von anderer Seite, darüber sind die Arbeiter nicht im letzter Anzucht. Herr Worms hat selbst nach dem Friedensschluß, welcher am 13. Januar erfolgte, Dresden auf Afford gelobt. Beweis: die Offerten, welche sich in unversen Händen befinden. Dabel vertritt er einen Lohn, welcher niemals erreicht werden kann. Es ist ihm gelungen, einen Drechsler von Siedel zu bekommen. Derselbe nahm sich vor, indolentlich 20 Pf. zu verdienen. Natürlich nahm er daran Wort. Er ist ab. Das versteht sich am Ende. Auch sorgte Herr Worms dafür, das Verstehe in seinem Hause ein warmes Bett fand, damit die bösen Verächler ihn nicht außerhalb erwidern und überleben. Er bekam auch eine Arbeit, welche zu ihm besten gehört und das Resultat: er hat in einer Woche 13 Pf. 24 Pfennig, sage und schreibe dreizehn

Marz und 24 Reichstagsmitglieder. Teilweise für diesen Vorschlag zu Gunsten der Reichstagsmitglieder, ob aber die einstimmige Kundgebung damit zufrieden sein wird? Er braucht Leute, welche was leisten können, und bekanntlich stellen sich solche nicht für ein Irngeld bei Gustav Worms hin. Dann besitzen wir auch Offiziere, wo unter ehemaligen feindlichen Verbänden dreierlei abzuheben liegt. Er braucht auch tüchtige Arbeiter, die in der Fabrik arbeiten. Sie können anfangen, wenn die nicht Wittigled des Verbandes sind. So, fol nun gut, Herr Gustav Worms! Wir wollen einen neuen Namen vorschlagen. Vorseherin, am 1. Februar, erhielten zwei Mann gekündigt. Als am gestrigen Sonntag die Verhandlung über den Vertrag nicht gelang, nach vorausgehender mehr, die schriftliche Zurückweisung. Was nun? kündigt die Reichsbehörde sofort für alle übrigen, welches am Montag früh noch vor dem Arbeiten wiederholt wurde. Vorläufig ist das Gewerbeamt als Einigungsamt angewiesen worden. Herr Gustav Worms verdrängen wir, wenn es ihm sonst beliebt, unser Material auszuwandern. Bis dahin wohl belohnen.

Zeit-Veränderungsziffer. Am letzten Dezember hatte Reich 28 020 Einwohner. Zu kamen im Januar 370 Personen, ab gingen 272. Mit hin jetzt 28 118 Einwohner.

ns. Weisensfeld. Schulbau, Arbeitslosigkeit und Stadtbauordnen-Kollegium. Nachdem vor vierzehn Tagen ein Antrag des Magistrats, eine neue Volksschule zu bauen, von den Stadtbauordnen abgelehrt wurde, weil noch sehr viele Klassen die als Maximum geltende Schülerzahl von 70 nicht erreicht haben und erst 7 Klassen mehr als 70 Schüler zählen, auch noch gar nicht feststeht, daß in ca. 2 Jahren der Nachwuchs so groß ist, wie man annimmt, daß ferner im nächsten Steuerjahr schon 200 Proz. Zuschlag zu den Staatsrenten erhoben werden muß und nach Herrn Justizrat von Weisensfeld die Anzahl der Arbeiter im Gewerbeamt, die im nächsten Sitzung der Stadtväter dieser Art nochmals zur Beratung. Nur Antrag des Magistrats wurde unter Berufung auf § 46 der Stadtbauordnung die Einsetzung einer gemischten Kommission beschlossen. Zur Ergründung der Lageverhältnisse war als 3. Punkt weitere Ermittlung von den Witzeln zu Notwendigkeit der Arbeiter im Gewerbeamt zu erheben, was sehr viele Arbeiter angeht, und zu hohe Löhne gezahlt seien. Insbesondere wurde getadelt, daß ledige Personen und Saisonarbeiter beschäftigt wurden. Bürgermeister Wabehn bezeichnet es als eine soziale Pflicht, einem Arbeitswilligen Gelegenheit zur Arbeit zu bieten, auch einem ledigen Arbeiter gegenüber, und wenn Löhne vorgebracht seien, daß einige ihren Lohn an Schwand ungewohnt hätten, so sei das noch zu beurteilen, ließe aber keinen Schluß auf die übrigen zu. Die von der Kommission bezeichneten Lohnsätze von 18 Pf. bezogenen er für geringe, je betragen bei 8 Stunden pro Tag nur 1.44 M., wovon noch 4 Pf. Kassenbeiträge abgingen; die bis bisher gezahlten Löhnen von 22 Pf. für beste Leistung blieben den Arbeitern 1.80 M., der Betrag, der ein Arbeiter mit 11 stündiger Arbeitszeit kaum mehr hätte, als diese in 8 Stunden; dadurch werde nur Unruhe erregt. Justizrat Braune stimmt der Ausführung der in Aussicht gestellten Arbeiten nur zu, weil diese notwendig, wagt aber, die Bezeichnung Postenarbeiter anzuerkennen. Schon vor 10 Jahren wären einmal 100 Arbeiter nicht in die Fabrik genommen worden, und von ungefähr 600 Arbeitslosen hätten kaum drei bei der angebotenen Arbeit ausgehalten, jetzt sei die Antrage aber von oben ergangen und gewissen humanitären Gesühlen entgegen; er aber müsse lassen, für unfern Bezirk beste die in Vorhanden nicht. Stadtbauordner Reinken, welcher gleich Herrn Braune als Magistratsmitglied bezeichnet, die gestellten Löhne in hoch und empfiehlt dem Herrn Bürgermeister, daß er besser gethan hätte, sich erst bei Industriellen zu erkundigen. Der H. S.-Korrespondent seligen Angebens, Herr Stadtbauordner Keller, findet, daß der Herr Bürgermeister wohl ein tüchtiger Jurist sein könne, aber auch ein schlechter Arbeiter, indem er nicht die nötige Umsicht besitze, um die Parteien miteinander zu vermitteln, die Vermittlung der Postenarbeiten der Kommission des städtischen Arbeitsnachweises zu übertragen, da dieselbe durch statistische Arbeiten feststellen könne, ob ein Posten bestehe.

Am Schluß wurden die Vorlagen des Magistrats, welche 4200 M. erforderten, abgelehnt und das Amtliche des Magistrats, welche 1500 M. erforderten, angenommen.

An der angeführten Diskussion beteiligten sich noch viele Arbeiter in demselben Sinne, aber Stadtbauordner Engel, Vorsitzender der Hirsch-Dunderliden Gewerbevereine, wußte nichts dazu zu sagen, er blieb wie versteinert.

s. Feinschnitt. Eine Anzahl Tabaken wurden den Feinschnitt in vorigem Woche dem Nachbarn der Zauberkünste der Geribergstraße gestohlen. Bei einer vorgenommenen Ausforschung fand man die Tabaken fast noch sämtlich vor. — Die Arbeiterzahl St. wurde am Sonnabend zwischen 6 und 7 Uhr von einem angetrunkenen Individuum zu vergewaltigen gesucht, als sie sich haken wollte. Kurz entschlossen verwehrte sie ihren Mißthat, als Abwehrmittel und ließ ihn auf dem Kopfe des Angreifers heruntersinken. Dieser ist blutüberströmt das Weite.

u. Delisch. Wer nicht liebt Reiten und Tanzen. Hier und Wein durchzuzug, der wird sein treuer Kavallerist sein Leben lang. Das müßte man unwillkürlich denken, als man vorige Woche den Feinschnitt über das Winterfest des Kavallerievereins in der Del. Str. las. Die armen Kavalleristen, die zum größten Teil die Mitgliedschaft des Vereins stellen und von denen Bebel sagt, daß keiner unter 200 Pfund wiegt, waren von nah und fern herbeigekommen und haben sich nach der Del. Str. in „Geriten“ und „Hebenlast“ gekleidet. Wie moß es wohl den Delischen Arbeitlosen zu Mut gewesen sein, als daß dem Bebel so ein Treue haben, daß man ihnen die Kavallerie, die dieses letztere hat, das Brot verteuert wird, wahrscheinlich damit die Beinhaltungsfrist nur noch ergebiger ausfällt. Denn ein Herr Gohmann betradt in seiner Festschrift die Notlage der Landwirtschaf und wußte, daß durch Annahme des Sollzins derselben abgehoben würde. Das heißt doch wohl Politik treiben, wenn man in einem Reiche derartiges betreibt, und die Arbeitervereine und seine politischen Vereine. Wird man es nun mit dem Kavallerieverein ebenso machen, wie vor längerer Zeit mit dem Gewerkschaftsratell und eine homöopathische Unternehmung antworten? Am Gewerkschaftsratell wurde einmal Bebel's Neutralitätsbrochure diskutiert und aus diesem Grunde wollte man es als politischen Verein erklären.

Alte Provinzial-Nachrichten.

Eine Unternehmung hat sich ein Tüchlerlehrling in Wertheburg bei der Umarmung einer Verhe angezogen. Er mußte die Kasse des Hutes überreichen, als er sich nach dem Hute umdrehte, und die unversehrte Huthülle hinter sich. Der Grund war, daß er sich nicht wehrte, sondern — Überfahren wurde in der Luft der Hangerarbeiter Feder. Das linke Bein wurde unterhalb des Knies vollständig abgehauen.

Zur Nachwahl im Glaucher Bezirk.

Das zweite Flugblatt für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten Krüger und Thiele ist gestern mit gewohnter Pünktlichkeit an alle Wähler des Glaucher Bezirkes verbreitet worden. Es behandelt die Finanzlage unserer Stadt, hebt hervor, daß Halle gegen den 18 Millionen Mark fälligen Reichsschatz, noch 6 1/2 Millionen an Hypothek- und Darlehensschulden besitzt, und daß die gesamte Staatsschuld fast 25 Millionen Mark beträgt und im laufenden Jahre nicht weniger als 1 544 246.51 M. allein an Zinsen und Rückzahlungen aufzubringen sind. Der Kämmerei-Geb beträgt für dieses Jahr 6 892 000 M. und ist gegen das Vorjahr um Hunderttausende von Mark gestiegen.

Das Flugblatt weist darauf hin, daß den 25 Millionen Mark Schulden ein realisierbares Vermögen von höchstens 15 Millionen Mark gegenübersteht, so daß die Stadt schwer überschuldet ist. Die Verantwortung für dieses zum Ruin führende Finanzsystem haben außer dem Magistrat die kommunalvereinigten Stadtbauordnen zu tragen, die 60 Mann hoch im Kollegium sitzen und zu der beredlichen Finanzpolitik stets Ja und Amen gesagt haben.

Auch aus die Unmenge der politischen Strafmündeten und Angeklagten macht das Flugblatt aufmerksam. Nach dem Magistratsbericht sind im vorigen Geschäftsjahre nicht weniger als 11 137 politische Strafmündeten erlassen und außerdem 3040 Anzeigen gegen hiesige Bürger und Einwohner seitens der Polizei bei Gericht erstattet worden. Das Flugblatt hebt mit Recht hervor, daß Tausende der Angeklagten hätten unterbleiben können, ohne daß die Ordnung beeinträchtigt worden wäre, und daß die Polizei gar manches Mal die Augen nicht dort hat, wo sie sehen hingewiesen.

Die Beamten werden darauf hingewiesen, daß sie das Recht der Wahl nach ihrer freien Überzeugung genau so besitzen wie jeder andere Staatsbürger; den Geschäftsleuten wird gesagt, daß die Arbeiter diesmal, nachdem die Kommunalvereine ihren Gegnern gegen den Wunscht angekündigt haben, streng die Konsequenzen aus der Wahl ziehen und denen ihre Kandidatur zuführen werden, die offen nach ihrer Überzeugung gewählt haben. Von den Arbeitern steht das Flugblatt als Kandidat für die Wahl, und es werden die Arbeiter für unsere Kandidaten einreden und daß sie, um ihre Forderungen ummöglich zu machen, genau die richtige Reihenfolge bei Nennung der Namen einhalten. Jeder Wähler muß sagen:

Korretor Krüger, 6 Jahre,
Reichstagsabg. Thiele, 4 Jahre.

Die Nennung des Titels Reichstagsabgeordneter ist beim Namen des Genossen Thiele im deswillen nötig, weil es hier in Halle noch einen zweiten Medalear Namens Adolf Thiele gibt.

Das Flugblatt schließt mit der Aufforderung an alle Wähler: Mittelst die Gleichgiltigen auf; belehrt die Unwissenden; stärkt den Furchtsamen das Rückgrat; dann ist der Sieg auch diesmal unfer.

Die Kommunalvereine hoffen diesmal durch Fischen im Teich mehr zu erreichen, als durch offenen Wahlkampf. Seit Wochen sind schon ihre Schleppe und Spigel bei der Arbeit. Offen herauszutreten machen sie um deswillen nicht, weil jeder weiß, durch welche Maschinen sie den Kommunalvereinen gelungen ist, die Ungültigkeitserklärung der Mandate zu erreichen. Die Herren wissen, wie sehr in ihren eigenen Reihen Unwillen darüber geübt hat, daß der Bezirk nochmals in die Aufregungen und Anstrengungen einer Wahl gestürzt worden ist.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wegen Streifvergehens wurden in Bresslau zwei Maurer zu 3, einer zu 2 und zwei zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt.

§ Die Zahlstelle Rinteln des Glasarbeiter-Verbandes macht bekannt, daß der Streikverbot am 1. Juli 1892, der geboren 6. Juni 1892 zu Rinteln wegen Weichensverdacht stüchtig ist. Derselbe hat in Rinteln während des Streiks mehreren Glasarbeitern zu Gefängnisstrafen, darunter einem zu 10 Monaten verurteilt.

Der Volksverein in Nürnberg hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Die Leitung des Volksvereins wurde dem Vorsitzenden übertragen. Am 1. Juli 1892, der geboren 6. Juni 1892 zu Rinteln wegen Weichensverdacht stüchtig ist. Derselbe hat in Rinteln während des Streiks mehreren Glasarbeitern zu Gefängnisstrafen, darunter einem zu 10 Monaten verurteilt.

Parteinachrichten.

— Aus der Partei ausgefallen wurden am Freitag in Nürnberg durch eine fast heftige Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins in der Stadtverwaltung. Die Verhandlung wurde von der Landtagsabgeordnete Schömer, der bereits sein Mandat niedergelegt hat. Der Grund der Ausschließung ist ein Vertrauensbruch, dessen die Genannten sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie Parteinachrichten an den Reichstagsrat geleitet haben, ein Punkt, das es sich freilich nur auf die Verhandlung, unter anderem in Nürnberg mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu bekämpfen.

An der Verammlung, in welcher der Ausschuß beschloffen wurde, ging es begehrenweise sehr erregt zu. Verschiedene Stimmen wurden laut, die nur ein strenges Tadelwort gegen die vier Angeklagten und Überzeugung der Ehrenmitglieder. Die Zahl derjenigen, die für Ausschuß stimmten, war aber größer, der Landtagsabgeordnete Schömer war in der Verammlung nicht erschienen, hatte aber folgenden Brief an den Vorsitzenden gerichtet:

An die ordentliche Generalversammlung des Sozial. Vereins Nürnberg-Altort.

Da ich bei der vorhandenen Aufregung und Verwirrung es für aussichtslos erachte, die Generalversammlung durch persönliche Erklärungen zu einer objektivem Würdigung der in Frage stehenden Angelegenheit veranlassen zu können, so habe ich mich entschlossen, der Verammlung durch einen Brief meine dem Sozial. Verein Nürnberg-Altort davon zu benachrichtigen, mich, seinen Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden auszusprechen, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Verein.

Ich gehöre der sozialdem. Partei nun über 30 Jahre an und war über 17 Jahre Leiter des Vereins. Ich habe mich jeder Art Ansehen und Geltung unterzogen; diese Zeit bildet einen Hauptteil meines Lebensinhaltes. Wenn ich nun sehe, daß eine unglückliche Tat, begangen unter heute mit selbst unerklärlichen Umständen, und die ich ausdrücklich bedauere, hinreichend sein soll, nicht nur all das, was ich im Leben für die Partei gethan, anzuzweifeln, sondern auch noch hinzuzufügen, daß mich auszuscheiden, dann bleibe mir keine andere Wahl, als auszutreten, und durch den Verein die Begehung eines Unrechts zu eripieren.

In Konsequenz des Austritts aus dem Verein werde ich auch mein Mandat zum baier. Landtag niederlegen.

Mit sozialdem. Gruß
Wüdnich, 31. Januar 1902.

Soß. Schömer.

Es ist ungenügend, wie solche alte Parteigenossen eine berartige Standhaltung beibehalten. Inwieweit sie bei dem Verdict verurteilt worden sind, die Verhältnisse an den Kurier geleitet zu sein, weil ferner von den vier Ausschloffenen den Witzeln hat, sich zur Lächerlichkeit zu bedienen. Der Vorstand hat sich recht, wenn er in seinem Bericht über den Ausschuß berichtet.

— Wegen Unterbringung von Parteigenossen wurde Dr. Lütgenau beauftragt zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Jetzt ist seine Revision von dem Oberlandesgericht in Hamm verworfen worden. Gegen einige Genossen, die hier als Zeugen gegen ihn auftraten, hat Lütgenau Demagogik wegen Verleumdung abgelehnt. Die Verhandlung wurde abgelehnt, bereits vor Wochen stattgefunden, doch ist nicht anzunehmen, daß irgend etwas geistlich wird. Die Demagogik ist zu durchsichtig.

— Zur Vorbereitung des diesjährigen Parteitags, der beauftragt in Wüdnich stattfinden, haben die dortigen Parteigenossen eine neungliedrige Kommission bestellt.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterpolitik in einem Musterbetriebe. Die Germania-Werke Kiel teilt der Schleswig-Vollständigen Maßsetzung, die verschiedene Enthaltungen über Arbeitererfassung und Anwerbung neuer Kräfte letzters der Bezirk oberhalb hatte, durch eine Zuschrift mit, daß sie durch Vermittlung der Arbeitsnachweise in Wüdnich, Zettin, Danzig und Kiel, sowie auch durch Anwerben ihren Stand von gelehrten Arbeitern zu vermehren sucht, da sie ihren Bedarf an gelehrten Arbeitern nicht decken könne. Der Kieler Arbeiterpolitik ist aber von einem Mangel an Arbeitkräften nichts bekannt. Die Arbeiter, die veranlaßt sind, viele Arbeiter auf ihre Kosten nach Kiel zu führen und dann von der Verwaltung nicht angenommen wurden, sind nicht von Agenten sondern von der Verwaltung selbst in die Mitter gebracht worden. Die Magdeburger Volksstimme ist in der Lage, weitere für die Praktikationspreis zu bringen.

Auf die in Magdeburger bürgerlichen Blättern erschienenen Annoncen meldete sich ein Arbeiter schriftlich und erhielt von der Verwaltung selbst folgende Antwort:

Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
„Germania“
Berlin und Kiel.

A. J. Nr. 5488.
Germania-Werke (Kiel), den. . . Januar 1902.

Herrn Magdeburg.

Antwort auf Schreiben vom . . . d. Hrs.

Betreff: Dienstanwärtern als Beschäftigten oder Schlosser, daß Sie gesund und tüchtig sind, und bei Ihrer derzeitigen Beschäftigung in Anspruch der einstellenden Werkstätte genügen.

Die Fabrikanten Magdeburg-Kiel 4. Klasse begütigen mir Ihnen, nachdem Sie drei Monate auf unserer Werke gearbeitet haben.

Wüdnich, Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania“.

Wenn der Arbeiter also aus irgend einem Grunde nicht Gnade vor den Augen des einstellenden Werkstättes findet, so darf er wieder verschwinden. Gefällt er aber der Verwaltung, dann wird ihm die hohe Vergütung zu teil, die Fabrikanten 3 Monate an Moneten vergütet zu erhalten.

Der oben erwähnte Magdeburger Arbeiter reichte nach Empfang der Bescheid nach Kiel, gekleidete den einstellenden Meister nicht und hatte das Recht, auf eigene Kosten von Kiel nach Magdeburg zurückfahren zu dürfen.

Einige Zeit darauf meldete sich noch ein anderer Magdeburger Arbeiter und bekam einen ganz gleichen Brief. Jedoch hatte er schon von dem Schicksal des ersten Briefempfängers erfahren und verzichtete auf eine zweifelhafte und hoffnungslose Neustadt.

Die Metallarbeiter werden auf thun, diese Maßigkeit zu beachten, damit sie nicht eine nutzlose Vergnügungstreife nach Kiel antreten.

Der scheidende Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes Wüdnich, hat an den Vorstand dieses Verbandes folgendes Schreiben gerichtet:

An den Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes.
Werte Kameraden und Freunde!

Es liegen nunmehr 8 Monate Krankheitszeit hinter mich. Mein Zustand hat sich nicht gebessert, sondern verhilmmert.

Ich habe vorhin berichtet, habe ich nur noch einen kleinen Teil meiner Pflichten erfüllen können und vom Dezember an bin ich bloß hin und wieder auf dem Bureau gewesen. Schon mit Januar 1900, als ich fast zurber mit etwas überarbeitet hatte, traten die ersten Symptome meines jetzigen Leidens an.

Die leistungswichtige Zeit im Herbst 1900 hat meine erste Krankheit nicht verheilt, nur hinausgeschoben. Seit dieser Zeit merke ich immer noch schwachen und schmerzbedürftig. Jedoch die Pflichten meines Amtes und zu manches andere, was ich hier nicht alles erwähnen kann, hinderten eine längere Abwesenheit vom Dienst, welcher zu meiner Heilung nötig gewesen wäre. Aber man täuscht sich auch so leicht über seine Kraft, zumal wenn das Leben so langsam, wie bei mir, eintritt. Die Wiederherstellung meines Amtes und vom Dezember im Juli 1901 unterzogen habe, ist nicht im stande gewesen, die mit Juni, gleich nach der Keiteler Generalversammlung scharf aufgetretene Krankheit zu heben. Mein Körper war eben schon zu sehr heruntergekommen. Auch meine zuletzt verordnete Heilung giebt mir keine Aussicht auf baldige Besserung. Ich kann deshalb nicht länger mehr große Leistungen leisten.

An der ersten Stelle des Bergarbeiterverbandes kann aber auf die Dauer keine frische Kräfte fehlen. Die großen Anforderungen, welche an die Leitung der zu bedeutungsvollen und schwierigen Bergarbeiterbewegung gestellt werden, verlangen die ganze Kraft eines gesunden Menschen, der zu jeder Zeit unbedingt über seine Kraft verfügen kann. Wie das nicht mehr vermag und so sehr ich mich veranlaßt, mit Ablauf des Monats Januar cr. von der Leitung des Bergarbeiterverbandes zurückzutreten.

Dem Verbands, dem ich schon über ein Jahrzehnt angehört, möchte ich ein reiches Empfinden für Kraft- und Wachstumsgefühl.

Wüdnich, im Januar 1902.

Heinrich Müller.

Als Arbeitersekretär für Ferialh-Wirtschaft ist Genosse Vimbeg-Anna gewählt worden. Als Kurium ist mitgeteilt, daß bei der Wahl einem der Kandidaten vom Bergarbeiters-Genossenschafts-Kommission das lobenswerte Verzeichnis abgenommen ist, so ist nicht möglich zu sein.

Die Lüdenscheidter Genossenschaftsversammlung hat entschieden gegen dieses Vergehen protestiert.

Die Tarifkommission der Buchdrucker tritt am 1. Februar in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Ursache dazu ist, daß ein Teil der Unternehmern von Freisen Hannover, Hülshagen und Göttinger der Tarifunterstützung inlösen Schwierigkeiten gemacht hat, daß sie teils die von den neu geschaffenen Kreisämtern festgesetzten Lohnsätze nicht anerkennen, teils, wie in Leipzig, an der Lohnliste selbst Änderungen machen. Der größte Teil der Reichskammern will der Entscheidung der Tarifkommission Folge leisten. Der kleinere Teil hat sich keine Entscheidung vorbehalten.

Achtung, Arbeiter! In der Gewerkschaft von Georg Faber zu Greis haben die Arbeiter nach einer unangehenden Privat-Drohmedaille die Arbeit niedergelegt. Es freilich 34 Mann.

Veranstaltungsberichte.

Brauer.

In einer vorigen Sonntag abgehaltenen Versammlung wurden die beiden Arbeitervereine zum Brauereiarbeiterverein...

Verenigung.

Verammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins Merseburg-Querfurt, Distrikt Merseburg, vom 26. Januar. Die noch...

Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen. Mit der Kalenderbereinigung werden die Genossen, die sich gemeldet...

Ueber die Verfassung des Vereins in westen Artikel des Verfassungslates steht ein Beschlus. Vor allen Dingen hat aber nun der neue Sozialdemokratische Verein, welcher die Interessen der Partei...

Aue.

Sozialdemokratischer Verein. In der Sonntag, den 26. Jan., hattingen die Versammlung statt. Gen. Vorstand...

Aus dem Reich.

Berlin. In der dem Skandalaffaire des Bankiers Krenndt und des Geschäftsführers und der Redakteure des kleinen Journals, in welcher schmutzige Scheideweisung und Schmeicheleien...

Oberhaupt (Meinl). In seinem Verordnungs wurde der Altkämmerer Scholl erklärt aufgefunden. Jetzt ist seine Frau und ihr Geliebter, Namens Marwid, verhaftet worden.

Leutnant. Wegen Stillschickensverbrechen, begangen am 1. Oktober unter 14 Jahren, wurde der verheiratete Gefreite des k. u. k. Infanterieregiments Johann Knapp, zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

Zur Erzeugung von Elektrizität durch Wind- und Meeresbewegung ist von einer rheimischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in der Nähe des Waldes Büsum am der holländischen Küste verständig eine elektrische Leuchtboje ausgesetzt worden.

Ein neues Vergnügen. Wie der Barierer Matin schreibt, ist eine auf offizielle Angaben basierende Berechnung die Kosten der Krönung Königin Edwards VII. nicht als 100 Millionen, sondern als 20 Millionen angesetzt worden.

Das ist sicher, das man sehr viel Geld ausgeben wird. Das ist sicher, das man sehr viel Geld ausgeben wird. Das ist sicher, das man sehr viel Geld ausgeben wird.

Eine fürchterliche Doa herrscht seit Sonntag nacht im Kaiserpalast von Triest. Sechs Dampfer, welche hätten auslaufen sollen, sind daran geblieben. Ein Arbeitergebiet wird die Dooms- und Sühnungsarbeiten auf den Dampfern inspektiert.

Ein Gedenktag soll im Bremer-Nachkeller angedacht werden. Wie man aus Bremen meldet, hat der Arbeiterklub Bremer Arbeiter eine Gedenkfeier zum Gedenktag in Bronze herstellen zu lassen und deren Ausführung dem Künstler F. W. Seine anvertraut.

Ein Mann, der holländische Dichter, dessen Drama Koningin bei der Aufführung in Berlin starke Eindrücke hinterließ, hat ein neues Stück, Ora et labora, geschrieben, das in den holländischen Bevölkerungsfreien Hollands spielt.

Ein schweres Unglück ereignete sich bei Arres, Graf Debus freute sich der Wildschau, was ein Tier mied, die Anzahl durchschlug den Kopf des Tieres und traf die Brust. Debus, welche noch wenige Minuten verlebte.

Ueber die Vernehmung eines japanischen Truppe von 200 Soldaten meldet Reuters Bureau aus Yokohama: Eine Truppenabteilung von 210 Mann unter einem Major, welche am 23. d. M. von Komori im Norden der Insel aus einem Boot im Schiffe unternahm, verlor den Weg und lag der Küste im tiefen Schnee. Nur ein Mann konnte sich retten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. Februar. Nach einem Telegramm aus Syd (Syd) sind infolge Genusses von in Russland eingekauftem Schweinefleisch in der Drißgaff Gollubien (Preis Deflo) eine ganze Anzahl Personen an Erythrasie erkrankt.

Rafshan, 3. Februar. Ein aus ca. 30 Arbeitern bestehender Trupp von Arbeitern, der sich auf der Station Jozro Euzs umgehörtlich benahm, griff die erkrankten drei Gen darmen mit Ketten an, worauf die Gendarmen zu den Waffen griffen. Vier Arbeiter wurden getötet, die übrigen flüchteten.

Newyork, 3. Februar. Niedrige Blätter betrachten den Ausbruch einer Revolution auf Kuba als bevorstehend, falls die Vereinigten Staaten sich weigern sollten, die Forderungen der Kubaner zu bewilligen.

London, 3. Februar. Die Arbeiterinnen der Großhändler Postoffice und Schreiber haben eine Petitionsbewegung ins Werk gesetzt. In einer solchen Petition fordern sie Teilnahme an den Parlamentswahlen.

Briefkasten der Redaktion.

Gr. Halle. Wir haben Ihre Zuschrift dem Vorsitzenden der hiesigen Filiale des Verbandes der Barbier- und Friseurgehilfen übergeben. Er wird die entsprechende Verdringung der Filie vornehmen.

Abrechnung des Arbeitervereins Querfurt-Thalborf. Einnahme: Einnahmegericht und Beiträge 105.40 M. Ausgaben: Inzerate, Reisekosten, Unterhaltungen 46.20, dierede Distrikt Thalborf geschenkte Bücher 50.20, zusammen 105.40 M.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgr. 39), den 1. Februar. Aufgebote: Arbeiter Richter und Marie Kirchhoff (Röthenitzerstr. 6 und Petersbergstr. 40). Fleischer Dreantner und Marie Schöne (Steinweg 39 und Marktplatz 20).

Geborene: Kaufmann Friedrich und Marie Kleider (Adolfstr. 16). Staatsanwaltschaftsrat Dr. jur. Alois und Friede Rauer (Burgr. 42 und Marktplatz 17).

Gestorbene: Bergmanns Weisener Ehefrau, 51 J. (Am Richter 21). Weisener'sche Ehefrau, 43 J. (Dietrichstr. 21).

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Geisstraße 21, 1. Hof rechts. Geöffnet nur Werktags von 9 1/2 - 1 1/2 und 4 - 8 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen.

Sozialdemokratischer Verein Zeitz.

Dienstag den 4. Februar abends 8 Uhr in Schindlers Restaurant Gartenstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über Krise und Arbeiterchaft. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Gedächtnisfeier. 4. Beschlüsse.

Verband der Bau-, Erd-, und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Dienstag den 4. Februar abends 8 1/2 Uhr im 'Englischen Hof' Gr. Berlin 14. Tagesordnung: 1. In welche Organisation gehören permanente Bauarbeiter? 2. Stellung der Stattenberetung. 3. Verbindungsangelegenheiten.

Restaurant u. Caffee Schmelzers Höhe.

Dienstag den 4. Februar. großer Narrenabend mit humoristischer Unterhaltung. Es ladet Freunde und Genossen ein.

Kittelmanns Restaurant.

Dienstag. großes Schlachtfest. Von früh 8 Uhr an Wellfleisch, Abends div. Würstchen und Suppe.

Stoff-Rede.

zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend. mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.

H. Elkan. Levisgierstr. 37.

Apfellen Gan Halle für 20 Pf.

Wiederverkäufer! frische Ladung, äußerst billig. Feigen, Datteln etc. wieder vorrätig in der Volksbuchhandlung, Weißstraße 21.

Stadt-Theater Halle a. S.

Dienstag den 4. Februar 1902 abends 7 1/2 Uhr. 12. Bort. i. V. Ab. 100. Abom. Bort. 2. Viertel.

Samson und Dalila.

Mittwoch den 5. Februar 1902 abends 7 1/2 Uhr. 2. Sonder-Vorstellung bei aufgehobenem Abonnement.

Dankfagung.

Sage hierdurch allen denen, welche den Sarg meines lieben Mannes, des Steinmetzen Hermann Kupferner so reichlich mit Blumen schmückten sowie denen, welche ihm das letzte Geleit gaben, ferner den Mitgliedern der Zentralkrankenkasse der Tischler und seinen Kollegen, den Steinmetzen, meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe Wilhelmine Kupferner. (Unautogeklärt Weise ist am Freitag das Manuskript zur Codsensation abhandeln gekommen.)